

Inhaltsverzeichnis

1. Monsanto	
2. Bayer	
3. Peter Bleser	
4. Deutscher Bauernverband	
5. EuropaBio	
6. International Life Sciences Institute	
7. Health and Environmental Sciences Institute	
8. Bundesinstitut für Risikobewertung	
9. Europäische Chemikalienagentur	
10. EFSA	
11. Ketchum	

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von **Bayer** übernommen worden. Mit der Übernahme wird **Bayer** zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] **Bayer** wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: *„Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“* ^[2]

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	3
1.1 Deutschland	3
1.2 Europäische Union (EU)	3
1.3 USA	3
1.4 International	4
2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	4
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	4
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	6
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	8
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	8
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	8
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	9
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	9

2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	9
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	9
4 Weiterführende Informationen	10
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
6 Einzelnachweise	10

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

[Peter Bleser](#), Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#), hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung](#) (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört, dessen Präsident [Joachim Rukwied](#) Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände [European Seed Association](#) und [EuropaBio](#) sowie Mitglied des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). Weiterhin ist es in der [Glyphosat Task Force](#) (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiedezulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor milliardenschweren Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über eine Wiedezulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr

vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. ^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stamme. ^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien. ^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto. ^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet. ^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots. ^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen

behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatsbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto's Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler Gilles-Eric Séralini herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen.^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen.^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): [Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert](#)
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): [Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ [Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ [Zusammenfassung dieser Debatte: EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020

17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ ^{40,040,1} [Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. \(2010\). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21\(6\), S. 280-284](#)
41. ↑ [Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. \(2014\) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 \(5\), S. 327-331](#)
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfuonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020

44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), montantotribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020
51. ↑ [William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ [Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau](#), lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Bayer AG



Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum	1863
Hauptsitz	Leverkusen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse	bayer.de

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	13
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	13
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	14
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	14
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	15
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	15
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	16
3 Themen der Lobbytätigkeit	16
4 Parteispenden	17
5 Transparenz	17
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	17
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	17
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	18
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	18
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	19
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	19
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	20
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	20
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	20
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	20
8 Weiterführende Informationen	20
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
10 Einzelnachweise	21

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich

einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#).: 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgenden Regelungen ^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden. ^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR -Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)

- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#), 23.09.2024
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#) 12. März 2020
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen am 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024

27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt](#) vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

Peter Bleser

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Peter Bleser (*3. Juli 1952 in Brachtendorf), CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, war bis 2018 Parl. Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#) und bis 2011 Aufsichtsratsvorsitzender der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG](#) (RWZ). Er gilt durch seine Funktionen in der RWZ und durch seine Verbindungen zu [Monsanto](#) ^[1] als Hardliner der industriellen Landwirtschaft. Er nutzte seine Positionen als Bundestagsabgeordneter und als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz immer wieder um Interessen der Industrie zu vertreten.^[2]

Im November 2017 hat der Bundestag die Immunität von Bleser wegen Verdachts der Untreue aufgehoben. Es ging um den Anfangsverdacht, ab 2004 oder 2005 bis 2015 zunächst als Schatzmeister des CDU-Kreisverbands Cochem-Zell und danach als Schatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz sechs Spenden in Höhe von insgesamt 56.000 Euro angenommen zu haben, die dem früheren Geheimagenten Werner Mauss zuzurechnen seien.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	23
2 Wirken	24
2.1 Vertreter einer industriellen Landwirtschaft	24
3 Zitate über Bleser	24
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
5 Einzelnachweise	24

Karriere

- 02/2011-03/2018 Parl. Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#)
- 2004-2014 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Ernährung und Landwirtschaft der CDU
- 2005-2011 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU /CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-02/2011 Aufsichtsratsvorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrates der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG](#)
- 1990-2011 Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- seit 1990 Mitglied des Bundestages

Quelle: ^[4] , ^[5]

Weitere Funktionen

- 2006-2016 Landesschatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz
- 2008-02/2011 [Deutscher Raiffeisenverband](#), Mitglied des Präsidiums
- 2007-02/2011 [Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe](#) (FNR), Mitglied des Vorstandes
- 2006-02/2011 [Heinz-Lohmann Stiftung](#), Sitz im Kuratorium^[6], Träger der Heinz-Lohmann Stiftung ist die Lohmann & Co. Aktiengesellschaft, ein Unternehmen der im Besitz der Familie Paul-Heinz Wesjohann stehenden [PHW-Gruppe](#). Die PHW-Gruppe ist ein großer deutscher Geflügelzüchter und -verarbeiter, mit dem Aushängeschild die Geflügelmarke WIESENHOF.^[7]

Wirken

Vertreter einer industriellen Landwirtschaft

Peter Bleser gilt als Vertreter der industriellen Landwirtschaft und befürwortet die Nutzung von Gentechnik. Er war in diversen landwirtschaftlichen Organisationen tätig und vernetzt, unter anderem war er Aufsichtsratsvorsitzender der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main](#) eG. Die RWZ ist die *"drittgrößte der derzeit in Deutschland im Agrarhandel tätigen genossenschaftlichen Warenzentralen"*^[8] und produziert unter anderem Futtermittel und Düngemittel. Die Verbindungen von Bleser zur Agrarindustrie wurden wiederholt kritisiert, so z.B. vom [Bund für Umwelt und Naturschutz](#) (BUND) und der [Assoziation ökologischer Lebensmittel-Hersteller](#) (AoEL).

Zitate über Bleser

„Die Berufung von Peter Bleser ist ein fatales Signal an den Verbraucherschutz und auch an die Landwirte. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht“ BUND-Sprecherin Reinhild Benning über Bleser.^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Greenpeace Bericht über Monsanto](#), Webseite des Greenpeace-Magazin, abgerufen am 16.02.2011
2. ↑ [Rede von Peter Bleser](#), Webseite von Peter Bleser, abgerufen am 16.02.2011
3. ↑ [Ermittler durchsuchen CDU-Zentrale, Immunität aufgehoben](#), welt.de vom 22.11.2017, abgerufen am 12.05.2018
4. ↑ [Biografie Peter Bleser](#), bundestag.de, abgerufen am 18.07.2018
5. ↑ [Peter Bleser kein Staatssekretär mehr](#) SWR vom 12.3.2018, abgerufen am 11.06.2018

6. ↑ [Politiker mit Stallgeruch](#), TAZ vom 23.02.2011, abgerufen am 22.02.2011
7. ↑ [Tätigkeitsbericht der Heinz-Lohmann-Stiftung](#) abgerufen am 26.11.2012
8. ↑ [Unternehmensprofil](#), Webseite der Raiffeisen Waren Zentrale, abgerufen am 15.02.2011
9. ↑ [Ilse Aigner und der "Bauernfilz"](#), Stern-Online vom 31 Januar 2011, abgerufen am 15. Februar 2011

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu. Der DBV war sowohl in Deutschland als auch bei der EU erfolgreich darin, seine Interessen über Ämterakkumulation seines Spitzenpersonals und genutzte Drehtüreffekte direkt im agrarpolitischen Entscheidungssystem (Agrarausschuss des Bundestags und Landwirtschaftsministerium) zu vertreten.^[1]

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[2] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der deutschen Landwirtschaft
Gründungsdatum	1948
Hauptsitz	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro EU	B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51
Webadresse	www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	26
1.1 Subventionen und Lobbyismus	26
1.2 Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	27
1.3 Deutschland	28
1.4 Brüssel	30
1.5 Seitenwechsel	30
2 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik	30

3 Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband	31
4 Baywa AG	31
5 Führende Netzwerker der Agrarlobby	32
5.1 Stefan Köhler	32
5.2 Franz-Josef Holzenkamp	32
6 Fallbeispiele und Kritik	33
6.1 2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden	33
6.2 2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden	33
6.3 2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte	33
6.4 2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)	34
6.5 2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln	35
6.6 2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	36
6.7 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	37
6.8 2018: Ablehnung der Lebensmittelampel	37
7 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	37
7.1 Präsident - Joachim Rukwied	37
7.2 Vorstand	38
7.3 Präsidium	38
7.4 Generalsekretär	38
7.5 Fachausschüsse	39
7.6 Mitgliedschaften (Auszug)	39
8 Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich	39
8.1 Industrieverband Agrar e.V. (IVA)	39
8.2 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	40
8.3 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	40
8.4 Solidarische Landwirtschaft	40
8.5 Freie Bauern	41
8.6 Landwirtschaft verbindet Deutschland	41
9 Weiterführende Informationen	41
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
11 Einzelnachweise	41

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionen und Lobbyismus

Die Lobbyarbeit ist wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[3] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[4] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[5] Insgesamt erhalten die deutschen Bauern im Schnitt jährlich über 40.000 Euro Subventionen, Beihilfen, Zuschüsse und Erleichterungen.^[6]

Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionssschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[7] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängt, gescheitert.^[8] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[9] Bei Kampagnen kann sich der DBV auf ein außergewöhnlich breites Bündnis nahestehender Organisationen stützen. So wandten sich im Vorfeld einer Großdemonstration von Bauern für den Erhalt der Agrardiesel-Subventionen über 30 Verbände mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, Grüne und SPD, deren Haushaltspolitiker sowie die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses, in dem sie die Forderungen der Protestierenden unterstützten.^[10]

Diese sog. Verbände-Allianz besteht (neben dem Bauernverband) aus:

- [Deutscher Raiffeisenverband e.V.](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.](#)
- [Der Agrarhandel e.V.](#)
- [Bund deutscher Baumschulen e.V.](#)
- [Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.](#)
- [Industrieverband Agrar e.V.](#)
- [Zentralverband Gartenbau e.V.](#)
- [Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie e.V.](#)
- [Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V.](#)
- [Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.](#)
- [Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.](#)
- [Bundesverband Rind und Schwein e.V.](#)
- [Bundesverband der Deutschen Weinkellereien e.V.](#)
- [Deutscher Fruchthandelsverband e.V.](#)
- [Milchindustrieverband e.V.](#)
- [Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.](#)
- [Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.](#)
- [Deutscher Verband Tiernahrung e.V.](#)
- [Deutscher Weinbauverband e.V.](#)

- Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.
- Deutscher Jagdverband e.V.,
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.
- Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft
- Bundesverband Lohnunternehmen e.V.
- Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
- Verband Deutscher Putenerzeuger e.V.
- LandBauTechnik – Bundesverband e.V.
- Bundesverband Ei e.V.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V.
- Bundesausschuss Obst und Gemüse

Deutschland

Bundestagsausschüsse

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der CDU, steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[11] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinholdungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Verbandspolitikern im Agrarausschuss etwas zurückgegangen.

Die folgenden Landwirte und/oder Vorstandsmitglieder von landwirtschaftlichen Interessenverbänden sind Mitglieder im „Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ (Agrarausschuss). Teils wurden in der Vergangenheit Interessenkonflikte selbst angezeigt.

- Hermann Färber, Landwirt, MdB (CDU) und Vorsitzender im Agrarausschuss sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, war bis 12.04.2022 Vorsitzender des Kreisbauernverbands Göppingen (danach weiter Ehrenvorsitzender) und bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Landesbauernverbands Baden-Württemberg (danach weiterhin ehrenamtliches Mitglied in dessen Beirat).^[12] Nach Angaben von abgeordnetenwatch meldete Färber einen Interessenkonflikt bei dem Unionsantrag "Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen", bei dem er Berichterstatter war.^[13] In einer Fußnote der Beschlussempfehlung heiße es: "Abg. Hermann Färber erklärte, dass er mit seiner Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftete. Sein Geschäftsanteil an diesem Betrieb betrage 25 Prozent. Der Betrieb verfüge über ein Waldeigentum von aktuell 4 800 Quadratmetern (qm) Wald."
- Artur Auernhammer, Landwirt, MdB (CSU) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands BioEnergie (assoziiertes Mitglied bzw. Fachverband des Deutschen Bauernverbands). Für seine Tätigkeit erhält er 500 Euro monatlich.^[14] Laut abgeordnetenwatch ging es am 18. Januar 2023 im Agrarausschuss um einen Antrag der Unionsfraktion, an dessen Entstehung

Auernhammer nach eigenen Angaben mitgewirkt hatte.^[15] Darin forderten Auernhammer und seine Fraktion "Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten". Das seien Flächen, in denen das Grundwasser einen hohen Nitratgehalt aufweist und deswegen die Düngung stark eingeschränkt ist. Zu Beginn der Sitzung habe Auernhammer erklärt, sein landwirtschaftlicher Betrieb liege mit den gesamten Flächen in einem „roten Gebiet“, also auf genau jenen Flächen, für den sein Antrag Ausnahmen verlange.

- Gero Clemens Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, MdB (FDP) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Präsident des Deutschen Fischerei-Verbands sowie Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft (beide Organisationen sind assoziierte Mitglieder des Deutschen Bauernverbands).^[16] Der Abgeordnete und Verbandsvertreter wurde mehrfach im Landwirtschaftsministerium vorstellig, um die Interessen seiner Branche zu vertreten, worin Timo Lange von LobbyControl einen handfesten Interessenkonflikt sieht.^[17] Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2020, dass Mitarbeiter Hockers Lobbyisten für Facebook-Talks mit dem FDP-Agrarpolitiker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^{[18][19]} Das Geld sei nicht an Hocker geflossen, sondern an Feinschliff-Consulting, eine Beratungsfirma., deren Inhaber seine Abgeordnetenbüros leiteten. Hocker betonte, der Vorwurf, er nehme als Abgeordneter politischen Einfluss im Sinne seiner zahlenden Talkgäste sei „vollständig konstruiert“. Die Beratungsfirma ist darauf hin aufgelöst worden.^[20]

Parteitage

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitag ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[21] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitag der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Lobbyausgaben/Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 27.08.2025):

- im Jahr 2024 4.930.001 bis 4.940.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 20,59 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[22]

Zusammengenommen geben der Deutsche Bauernverband (DBV), seine 18 Landesverbandsmitglieder sowie der [Deutsche Raiffeisenverband](#) und der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf)^[23] jährlich etwa 7.650.016 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 64,26 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalente).^[24] Hierbei sei angemerkt, dass diese Lobbyausgaben lediglich die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung betreffen und keine Lobbyaktivitäten auf Landesebene umfassen. Für die Berechnung wurde jeweils der für das entsprechende Jahr angegebene kleinere Betrag bzw. die kleinere angegebene Anzahl genommen. Zur Einordnung sei ebenfalls erwähnt, dass auch weitere Kreis- und Regionalbauernverbände auf Bundesebene lobbyieren, hier jedoch aufgrund von teils unplausiblen Angaben im Lobbyregister nicht mitberücksichtigt wurden.

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben.^[25] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim **Europäischen Parlament** akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der **EU-Kommission** teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf.^[26] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband **COPA**, dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Seitenwechsel

- Peter Schwarz, Landwirt, seit 29.06.2022 Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, war bis 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein.^[27]

Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Der im Januar 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste eingeleitete „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU“ war ein neues Forum, mit dem eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU gestaltet werden sollte.^[28] Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen. Mitglieder waren 29 Personen als Vertreter ihrer Organisationen. Nach Angaben des DBV waren mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt.^[29] Hinzu seien diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGO und Wissenschaftler gekommen. Vorsitzender war Prof. Strohschneider. Am 4. September 2024 erhielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den **Abschlussbericht**. In diesem sprach sich das Forum etwa dafür aus, Betriebe gezielter zu fördern und Landwirte höher zu belohnen, wenn sie umweltgerecht wirtschaften.^[30] Der DBV begrüßte zwar, dass die EU-Kommission dem Grundsatz eines tieferen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik mehr Bedeutung beimisst.^[31] Es müsse jedoch intensiv nachgearbeitet werden. Der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen griff Empfehlungen des Berichts auf.^[32] Künftig sollen stärker Landwirte unterstützt werden, die es wirklich nötig hätten und solche, die aktiv zur Ernährungssicherheit, zur wirtschaftlichen Vitalität der Betriebe und zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen. Neue und bestehende Gesetze sollten einem Praxis-Check unterzogen werden. Feste Ziele für den Umweltschutz wird es nicht mehr geben, was als Abschied vom Green Deal interpretiert werden kann.^[33]

Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Die Baywa AG ist ein internationaler Konzern mit den Geschäftsfeldern Energie, Agrar und Bau. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Segment Agrar ist die Erfassung und der Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Versorgung landwirtschaftlicher Kunden mit Betriebsmitteln. Im Jahr 2022 lag der weltweite Umsatz des Unternehmens bei rund 27,1 Mrd. Euro.^[34] Baywa ist das umsatzstärkste Agrarhandelsunternehmen Deutschlands.^[35] Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, deren Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien sowie die Raiffeisenbank International sind.^{[36][37]} Mitglied des Aufsichtsrats sind u.a.: Wilhelm-Josef Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-beteiligungs-AG, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands und [Monika Hohlmeier](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP). Die Baywa ist Mitglied des Bayerischen Bauernverbands, des Landesbauernverbands Baden-Württemberg sowie des Sächsischen Landesbauernverbands und des Deutschen Raiffeisenverbands, der dem Deutschen Bauernverband angehört.^[38]

Die Baywa AG hat 2024 rund 1,6 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Grund dafür seien Abschreibungen auf Beteiligungen wie die an der Ökoenergie-Tochtergesellschaft Baywa r.e. Das Sanierungskonzept sieht u.a. den Abbau von 1 300 Vollzeitstellen vor.^{[39][40]} "Für die Dauer der Sanierung bestehe ein bestandsgefährdendes Finanzierungsrisiko und ein damit einhergehendes bestandsgefährdendes Liquiditätsrisiko für die Fähigkeit der BayWa AG und ihrer Tochtergesellschaften zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit."^[41]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[42][43]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[44] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[45] Klageführerin ist die Unilegion GmbH in München. Der Bayerische Bauernverband, in dem die Baywa Mitglied ist, hält eine Sammelklage für ein geeignetes Instrument, um deutlich unterschiedliche Kräfteverhältnisse der Parteien vor Gericht auszugleichen.

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[46] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[47] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[48]

Führende Netzwerker der Agrarlobby

Stefan Köhler

Seit 2017 ist Köhler Präsident des Bauernverbandes Unterfranken und damit auch Mitglied der Präsidentenkonferenz des bayerischen Bauernverbandes. Er betreibt einen Einzelbetrieb mit Mutterkuhhaltung: 70 Mutterkühe + Nachzucht und seit 1994 Ackerbau, ca. 20 % werden ökologisch bewirtschaftet.^[49]

2024 wurde er ins europäische Parlament gewählt (CSU in der EVP-Fraktion). Er sitzt in folgenden Ausschüssen:

- Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Petitionen (PETI)

Mit 144.832 Euro an Nebeneinkünften pro Jahr steht Stefan Köhler an 7. Stelle der 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments. In seinem Lebenslauf sind über 20 Aktivitäten als ehrenamtlicher Richter, Mitglied, Vorsitzender, Berichterstatter usw. aufgeführt.^[50]

Köhler bezieht nach eigenen Angaben als Bezirkspräsident mehr als 50.000 Euro jährlich vom Bayerischen Bauernverband (BBV). Der BBV wies darauf hin, dass Köhler seit August "deutlich weniger" Aufwandsentschädigungen erhalte und einige Verantwortlichkeiten abgegeben habe.^[51] Es drohen Interessenskonflikte besonders, wenn die Mitglieder des Bauernverbandes in Ausschüssen sitzen, die über Themen entscheiden, die direkt mit der Nebentätigkeit verbunden sind, warnt die Politikwissenschaftlerin Wiebke Marie Junk von der Universität Kopenhagen.^[51]

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e. V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.^[52] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war.

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[11] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden

Die CDU-Abgeordnete und Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Breher wurde Anfang August von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) zur neuen Tierschutzbeauftragten ernannt.^[53] Tierschutzverbände kritisieren die Ernennung von Breher, da sie aufgrund ihrer Rolle als Staatssekretärin im Ministerium keine kritische und unabhängige Stimme für die Tiere sein könne und der Posten zudem seine parteipolitische Unabhängigkeit verliere.^{[54][55]} Bis 2017 war Breher Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta, dem Interessenverband der Landwirt:innen in ihrem Wahlkreis.^[56] Der Kreislandvolkverband Vechta arbeitet eng mit dem Landesbauernverband, dem **Deutschen Bauernverband** und dem Europäischen Bauernverband zusammen.^[57]

2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden

Günther Felßner ist Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und kooptiertes Mitglied im Parteivorstand der CSU. Vor der Regierungsbildung 2025 wollte Markus Söder Felßner zum Bundeslandwirtschaftsminister machen. Nach Protestaktionen zog Felßner jedoch seine Bereitschaft zurück. Felßner stellte immer wieder wissenschaftliche Fakten zum Arten- und Klimaschutz in Frage und wurde 2018 wegen Gewässerverunreinigung in einem Wasserschutzgebiet zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sieht sich selbst nicht als Lobbyist, denn er hält den Bayerischen Bauernverband (BBV) für "eine Denkfabrik für Lösungen für die ganze Gesellschaft". Der BBV hat satzungsgemäß den Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten ist damit eine klassische Lobby-Organisation.

2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte

Die **Verordnung für entwaldungsfreie Produkte** (Kurzbezeichnung: EUDR) soll einen EU-Rechtsrahmen gegen die global voranschreitende Zerstörung der Wälder schaffen und Anreize für den Übergang und Zugang zu nachhaltigen Lieferketten in allen Erzeugerländern innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen.^[58] Laut Begründung der Verordnung hat die EU zwischen 1990 und 2008 ein Drittel der weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Verbindung mit Entwaldung stehen, eingeführt und verbraucht. In diesem Zeitraum sei der Unionsverbrauch für 10 % der weltweiten Entwaldung im Zusammenhang mit der Erzeugung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich gewesen. Mit der EUDR gelten unternehmerische Sorgfaltspflichten für den Handel mit Soja, Ölpalme, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen.^[59] Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten.^[60]

Am 11. Juni 2024 forderte der Deutsche Bauernverband im ersten Schritt eine Aussetzung des Anwendungsbeginns und im zweiten Schritt eine Anpassung der Verordnung.^[61] Länder wie Deutschland, die keinen Waldabbau bzw. vielmehr einen Waldaufbau belegen können und weitreichende Waldgesetze einhalten, müssten von der Umsetzung auf Produzentenebene und jeglichen zusätzlichen Nachweisverfahren ausgeschlossen werden. Die Forderung nach Verschiebung wurde auch von zahlreichen anderen Verbänden - auch wegen behaupteter inhaltlicher und technischer Mängel - vorgetragen. Im September 2024 forderten zahlreiche einflussreiche EU-Abgeordnete - darunter Manfred Weber (CSU), Partei- und Fraktionsvorsitzender der ÖVP - von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) eine Verschiebung der Verordnung um mindestens ein Jahr.^[62] Die Grünen im EU-Parlament erklärten, dass jeder Vorschlag, das Gesetz zu verzögern oder abzuschwächen, ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU und ihre Fähigkeit, Stabilität und Sicherheit zu bieten, wäre.^[63] Am 15. November 2024 hat das EU-Parlament der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verschiebung der Verordnung um ein Jahr zugestimmt.^[64] Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen die Forderung des Parlaments gestellt, die Anti-Entwaldungsverordnung nicht nur zu verschieben, sondern auch inhaltlich zu ändern.^[65] Rat und Parlament müssen sich nun in [Trilogverhandlungen](#) einigen.

2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)

Der unkontrollierte Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft kann negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität haben.^[66] Die diesbezüglichen Vorgaben der EU sind in der [EU-Nitratrichtlinie](#) geregelt, mit der die Nitrat-Werte im Wasser reduziert werden sollen. Die EU-Kommission hat 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil das deutsche Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie nicht deren Vorgaben entsprach und Deutschland seiner Verpflichtung der Maßnahmenverschärfung nicht nachgekommen war.^[67] Im Juni 2018 folgte der Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil allen Kritikpunkten der Kommission am deutschen Aktionsprogramm. Obwohl das deutsche Düngerecht darauf hin mehrfach überarbeitet worden ist, hat die EU-Kommission 2019 ein Zweitverfahren gegen Deutschland eingeleitet.^[68] Nach einer weiteren Überarbeitung der Düngeverordnung forderte die Kommission im Juni 2021 nochmals Nachbesserungen.^[69] Nachdem das Düngegesetz (DüngG) am 31. Mai 2023 vom Kabinett beschlossen worden ist, hat die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren am 1. Juni 2023 eingestellt.^[70] Zur Umsetzung der EU-Vorgaben muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in einem ersten Schritt das Düngegesetz geändert werden, das die Rechtsgrundlage für die folgenden Verordnungen bildet: Düngeverordnung (DüV), Stoffstrombilanzverordnung (StoffBiV) - künftig Nährstoffbilanzverordnung - und die geplante Monitoringverordnung.^[71] Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um das Verursacherprinzip bei der Bewertung von Stickstoffeinträgen zu stärken. Außerdem soll die Gesetzesänderung dazu führen, dass in Zukunft die Daten landwirtschaftlicher Betriebe über ihre Düngepraxis im Rahmen einer Monitoringverordnung nachvollzogen und bewertet werden können.

Die Änderung des DüngG ist am 6. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke angenommen worden.^[72] Der Hauptstreitpunkt bei der Änderung des Gesetzes ist die verpflichtende belegbasierte Bilanzierung der Nährstoffflüsse eines Betriebs.^[73] Der DBV sah die Einigung der Regierungsfaktionen beim Düngegesetz kritisch: „Die lange angekündigten Erleichterungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in Roten Gebieten sind immer noch nicht auf den Weg

gebracht. Zudem konnte sich die Regierungskoalition nicht darauf verständigen, die EU-rechtlich nicht geforderte Stoffstrombilanz zu streichen, sondern kündigt lediglich Erleichterungen an. Dies bringt keinen erkennbaren Nutzen für den Gewässerschutz, führt aber zu Bürokratie bei den Betrieben.“^[74] Ein Insider aus dem Bundesrat sagte gegenüber der taz, der Bauernverband wolle nicht, dass man künftig erkennen könne, wer das Problem der Überdüngung verursache.^[75] Denn dann könnten solche Betriebe bestraft werden, zum Beispiel durch Bußgelder

Am 5. Juli 2024 hat der Bundesrat die Neufassung des DünG abgelehnt.^[76] Elf der 16 Bundesländer haben mit der Begründung eines Übermaßes an Bürokratie gegen das Vorhaben gestimmt.^[77] In seiner Stellungnahme vom 6. Juni 2024 hatte der DBV erklärt: „Der Bundesrat ist nunmehr gefordert, die vielfach geforderte und auch von der EU-Kommission unterstützte Verursachergerechtigkeit mit Befreiungen für Betriebe in Roten Gebieten auf den Weg zu bringen. Zudem fordert der DBV die Bundesländer auf, als Zeichen des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft, die Stoffstrombilanz ersatzlos zu streichen.“^[78] Am 5. Juli 2024 begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Ablehnung des DünG durch den Bundesrat: "Es ist richtig, dieses Gesetz noch einmal zu überarbeiten. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, zumal die von der EU-Kommission geforderten Punkte im Wesentlichen unstrittig sind.“^[79] Der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) hat dagegen für eine Zustimmung geworben: Nur mithilfe des Wirkungsmonitorings sowie der Stoffstrombilanzierung könne der Eintrag von Nitrat verursachergerecht identifiziert und somit Gewässer und Böden aktiv geschützt und erhalten werden.^[80] Der BDEW ist Teil der Aktion Agrar (weitere Beteiligte: BUND, DUH, DNR, Greenpeace, Grüne Liga, GNF, NABU, Ver.di und WWF), die essentielle Nachbesserungen im Düngegesetz fordern.^[81] Die Bundesregierung hat am 2. Oktober 2024 mitgeteilt, dass sie zur Änderung des DünG die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat verlangt.^[82]

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine Basis, um im Sinne der Landwirtschaft erfolgreich mit der EU-Kommission über eine weitergehende Maßnahmendifferenzierung verhandeln zu können.^[83] Es bestehe zudem die Gefahr, dass die EU-Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung des ihr zugesagten Monitorings und wegen Nichtumsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung eröffne.

2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln

Der Bauernverband fordert regelmäßig, die Bürokratie abzubauen - insbesondere im Hinblick auf Naturschutzaufgaben - , um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sei die Existenz der Bauern durch Billigeinfuhren bedroht. Dazu EU-Kommissionssprecher Olof Gill auf eine taz-Anfrage ^[84] "Die EU ist der größte Agrar- und Lebensmittelexporteur der Welt. Die Nummer zwei, die USA, liegt mit großem Abstand hinter uns." Im Jahr 2023 exportierte die EU Agrar-Produkte im Wert von 229 Milliarden Euro nach Großbritannien, in die USA und nach China. Der Handelsüberschuss betrug 70 Milliarden Euro. ^[85] "Der Wert unserer Rindfleischexporte ist doppelt so hoch wie der der Importe. Das nützt unseren Bauern.", so Gill. Die sensiblen Sektoren der Landwirtschaft würden geschützt. So darf z.B. trotz [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#) -Vertrag mit Kanada kein mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch eingeführt werden. 2023 konnte Kanada seine Export-Quote nach Europa nur zu 3% ausschöpfen. Bauernvertreter hatten gewarnt, dass das Abkommen den Wettbewerbsdruck erhöhen würde.

2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law ^[86]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen. ^[87]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[88], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[89]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[90]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. ^[91] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält. ^[92]

In einem Brief an Kanzleramtsminister Frei (CDU) im Juli 2025 haben der „Deutsche Bauernverband“, die „Familienbetriebe Land und Forst“ und der Verband „Die Waldeigentümer“ sich einer Forderung von acht CDU geführten Agrarministerien angeschlossen. Die Forderung lautet, das Renaturierungsgesetz vollständig aufzuheben. Die Land- und Forstwirtschaft werde massiv belastet und vor dem Hintergrund der „Krisen- und Kriegssituation in Europa“ sei die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt. ^[93]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt. ^[94]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab. ^[95] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert. ^[96]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der [Deutsche Raiffeisenverband](#) (DRV) und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an. ^[97] [Assoziierte Mitglieder](#) sind 44 Verbände und Organisationen, die thematisch vom Gartenbau über die Tierzucht bis zum Waldbesitz die große Vielfalt rund um die Landwirtschaft vertreten, und über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Der Organisationsplan des DBV ist [hier](#) abrufbar.

Präsident - Joachim Rukwied

Präsident [Joachim Rukwied](#), selbständiger Landwirt und Weinbauer, saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. ^[98] Er ist (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.
- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.
- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V., dem auch Glyphosat-Hersteller angehören
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH

- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: ^[99]^[100]

Der Bauernverbandsvorsitzende Rukwied unterläuft immer wieder abgestimmten Vorschläge. So forderte er auf dem Dt. Bauerntag in Cottbus am 26./27.Juni 2024 die Rücknahme von Düngemittelgesetz, Tierschutzgesetz u.a. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte stehe in Frage und die Ernährungssicherheit für Deutschland sei gefährdet. Das Tierschutzgesetz würde dem „letzten Schweinehalter das Licht ausknipsen (...) Die Vorschläge zum Pflanzenschutz würden den Ackerbau ad absurdum führen. In Berlin hat man noch nicht erkannt, wie wichtig Landwirtschaft ist, wie wichtig Ernährungssicherung ist“ ^[101]

Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten sowie bis zu fünf Vizepräsident:innen. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung waren/sind vier Vorstandsmitglieder als Politiker aktiv. ^[102] Joachim Rukwied saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. Für die CSU ist [Günther Felßner](#) Kreisrat im Nürnberger Land, Susanne Schulze Bockeloh gehört der CDU-Ratsfraktion Münster an, Detlef Kurreck sitzt für die Wählergemeinschaft Bastorf im Gemeinderat Bastorf.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen. Die etwa 20 Präsidiumsmitglieder des DBV oder ihre Unternehmen erhielten im Haushaltsjahr 2022/23 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro EU-Subventionen. Das zeigt eine Recherche in der Datenbank [Agrarzahlungen](#) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die taz ^[103] hat die Zahlungen folgendermaßen aufgeschlüsselt:

Spitzenbezieher war im Jahr bis Ende Oktober 2023 mit ungefähr 1 Million Euro die Universal-Agrar GmbH, bei der der Präsident des Thüringer Bauernverbands, Klaus Wagner, als Geschäftsführer und Gesellschafter fungiert. Auf Platz zwei liegt mit rund 470.000 Euro die AGW Agrarwirtschaftsgesellschaft Worin von Henrik Wendorff, dem Chef des Bauernverbands Brandenburg. DBV-Präsident Joachim Rukwied bekam knapp 100.000 Euro EU-Subventionen. Im Schnitt 145.000 Euro erhielt jedes der 18 Präsidiumsmitglieder, denen die taz Betriebe in der Datenbank zuordnen konnte. Das ist bedeutend mehr als die 22.000 Euro, die der durchschnittliche Empfänger in Deutschland bekam. Bei Rukwied z.B. kommen 97% der Zahlungen aus den Direktzahlungen pro Hektar. AbL-Bundesgeschäftsführerin Xenia Brand kritisierte, der Bauernverband verhindere, dass die Flächenprämien zugunsten von Zahlungen für konkrete ökologische Leistungen der Bauern umgeschichtet werden. „Da wichtige Akteure in der Spitze des Deutschen Bauernverbandes stark von der bisherigen Flächen-prämie profitieren, verwundert es nicht, dass sie so vehement die Qualifizierung dieser Gelder blockieren.“ (zitiert nach ^[103])

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024). ^[104]

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften (Auszug)

- [COPA-COGECA](#)
- Aktionsbündnis Forum Natur GbR
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Bundesverband Bioenergie
- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), ein Netzwerk aus allen Bereichen der Landwirtschaft incl. Agrochemie, dessen Vorstandsvorsitzender DBV-Präsident Rukwied ist
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- Global Forum for Food and Agriculture Berlin
- [Information Medien Agrar \(i.m.a.\)](#)
- ifo Institut
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- QM-Milch
- Union der deutschen Kartoffelwirtschaft
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- [World Farmer's Organisation](#)
- [Zentrale Organisation Handel-Landwirtschaft](#), eine Dialogplattform für Verbände und Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie dem Lebensmitteleinzelhandel

Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich

Industrieverband Agrar e.V. (IVA)

Der [Industrieverband Agrar e.V.](#) ist 1988 aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit drei Fachverbänden der Düngemittelindustrie entstanden. Er vertritt nach eigener Aussage die Interessen der Hersteller von „Betriebsmitteln für einen nachhaltigen Pflanzenbau in Deutschland“. Dabei geht es um Pflanzenschutz, Düngung, Biostimulanzien, Pflanzenzüchtung und Schädlingsbekämpfung.

Präsident: Michael Wagner, BASF SE, Limburgerhof

Hauptgeschäftsführer: Frank Gemmer

Die 47 Mitgliedsunternehmen (Stand 08/2025) finden sich hier ^[105]

Der Industrieverband Agrar ist Mitglied im Verband der chemischen Industrie (VCI).

Auf der Jahrespressekonferenz 2025 berichtet IVA-Präsident Wagner “von schrumpfenden Umsätzen im Pflanzenschutzmittel-Sektor (minus 9,1 Prozent) und stagnierenden Absätzen der Düngemittel-Produzenten. „ ^[106]

Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind in Deutschland sogar mehr Pestizidwirkstoffe erlaubt als in den Nachbarländern und die Zahl der sogenannten Notfallzulassungen, 64 im Jahr 2024, sei besonders hoch.^[107] Der Bauernverband und der IVA klagen stattdessen über die Schwierigkeiten, Pestizide auf den Markt zu bringen, und dass zu wenig Wirkstoffe zugelassen seien. Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) arbeitet daran, dass die „Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verbessert“ und für schnellere Verfahren durch „Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit“ gesorgt wird.^[108]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.](#) (AbL) ist 1980 mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe wahrzunehmen. In der Stellungnahme zur EU-Wahl 2024 heißt es: „Wir brauchen europaweit viele und vielfältige Höfe und Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Wissen und Können: für eine krisenfeste regionale Ernährung, für lebendige ländliche Räume, für Umwelt-, Klima- und Tierschutz.“^[109] Im AbL-Verlag erscheint das Jahrbuch [Der kritische Agrarbericht](#). Die ABL kooperiert mit dem Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft](#) Am 06.01.2024 hat die AbL einen agrarpolitischen 6-Punkte Plan als "kurzfristige Reaktion auf die bäuerlichen Proteste" aufgestellt. [Datei:Agrarpolitischer 6-Punkteplan AbL.pdf](#)

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

Der [Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.](#) (BDM) ist 1998 von Milcherzeugern gegründet worden, die sich durch den Deutschen Bauernverband nicht vertreten sahen.^[110] Er will eine von Interessenkonflikten unabhängige Verbandsarbeit leisten – unabhängig von den Interessen anderer landwirtschaftlicher Sparten und unabhängig von parteipolitischen Interessen.^[111] Der BDM steht für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller.^[112] Nach eigenen Angaben sind im BDM rund ein Drittel der deutschen Milcherzeuger organisiert, die etwa 40 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch produzieren.^[113] Der BDM ist Gründungsmitglied des [European Milk Board](#) (EMB).

Solidarische Landwirtschaft

Das 2011 gegründete Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft e.V.](#) (Solawi) bezeichnet sich als einen Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher:innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen.^[114] Es engagiere sich für die Erhaltung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der Erzeuger:innen und Verbraucher:innen verbindlich zusammenarbeiten und Landwirtschaft als eine gesellschaftliche Verantwortung sehen. In der Solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten, sie werden Ernte-Teilende.^[115] Partner sind: Ackersyndikat, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Kulturland e.G., Netzwerk gerechter Welthandel, Soziale Landwirtschaft (DASol) und Soziale Arbeit (DGSA), Regionalbewegung, Software für solidarische Landwirtschaft, World Wide Opportunities on Organic Farms - Deutschland. Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft im Netzwerk bilden die [Solawi Genossenschaften](#).

Freie Bauern

Die 2020 gegründete Initiative [Freie Bauern Deutschland GmbH](#) ist eine Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH. Gesellschafter sind lt. Eintrag beim Registergericht Halle/Saale: der Geschäftsführer Alfons-Josef Wolff (52 %), der [Bauernbund Brandenburg e.V.](#) (40 %) und Reinhard Jung (8 %). Die Initiative hat es im Februar 2024 abgelehnt, einen Aufruf gegen Demos mit Galgensymbolen und gegen Unterwanderung durch Rechtsradikale zu unterschreiben.^[116] Sie darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[117]

Landwirtschaft verbindet Deutschland

Der Landesverein "Landwirtschaft verbindet Bayern e.V." gründete sich im Juni 2021 in Zusammenhang mit Bauerndemonstrationen gegen eine Verbotspolitik und ist nachfolgend als [Landwirtschaft verbindet Deutschland](#) und auch „LSV-Deutschland“ bekannt.^[118] Der Verein bezeichnet sich als Bewegung von deutschen Landwirten und Landwirtinnen, deren Existenz und Betriebe durch die Politik gefährdet sind.^[119] LSV-Deutschland darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[120]

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Stefan Ewert: Lobbyismus im Agrarsektor, in: Handbuch Lobbyismus, Hrsg. Andreas Polk, Karsten Mause, Wiesbaden 2023, S. 779
2. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
3. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024

4. ↑ [So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024
5. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Bauernproteste: Geht es den Landwirten wirklich so schlecht?](#), wdr.de vom 09.01.2024, abgerufen am 15.01.2024
7. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
8. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
9. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024
10. ↑ [Pressemitteilung des Deutschen Raiffeisenverbands vom 12.01.2024](#), raiffeisen.de, abgerufen am 15.01.2024
11. ↑ ^{11,011,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
12. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
13. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
14. ↑ [Artur Auernhammer](#), bundestag.de, abgerufen am 15.01.2024
15. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
16. ↑ [Gero Hocker](#), bundestag.de, abgerufen am 17.01.2024
17. ↑ [Die brisante Doppelrolle des FDP-Manns Gero Hocker](#), spiegel.de vom 27.01.2024, abgerufen am 29.01.2024
18. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 18.01.2024
19. ↑ [Hocker: Kein Geld für Lobbyisten](#), wochenblatt-dlv.de vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
20. ↑ [FDP-Beratungsfirma löst sich nach Vorwürfen auf](#), topagrar.com vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
21. ↑ [DBV bei Parteitagen](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
22. ↑ [Registereintrag "Deutscher Bauernverband e.V." - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) lobbyregister.de, abgerufen am 27.08.2025
23. ↑ [Deutscher Bauernverband e.V. - Mitglieder](#) bauernverband.de, abgerufen am 27.08.2025
24. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Angaben im Lobbyregister (Stand: August 2025).
25. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
26. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
27. ↑ [Beruflicher Werdegang](#), schleswig-holstein.de, abgerufen am 15.01.2024
28. ↑ [Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft](#), ec.europa, abgerufen am 07.03.2025
29. ↑ [Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#), bauernverband.de, abgerufen am 07.03.2025
30. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
31. ↑ [Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU](#), bauernverband.de vom 04.09.2024, abgerufen am 07.03.2025
32. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
33. ↑ [In der Landwirtschaft verabschiedet sich die EU vom Grünen Deal](#), sueddeutsche.de vom 19.02.2025, abgerufen am 08.03.2025
34. ↑ [Umsatz der Baywa](#), statista.com, abgerufen am 08.03.2024

35. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
36. ↑ [Unternehmensprofil Baywa](#), finanzen.net, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Unternehmen](#). Ili.at, abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de.bundestag.de, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [taz vom 04.07.2025, Seite 8]
40. ↑ [baywa-ag...groesste-krise-der-unternehmensgeschichte](#) www.wallstreet-online vom 13.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
41. ↑ [baywa-meldet-milliardenverlust.warnt-sanierungsrisiko](#)www.agrarheute.com vom 10.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
42. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
43. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
44. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
45. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
46. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
47. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
48. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
49. ↑ [stefan-koehler](#) www.cducusu.eu, abgerufen am 21.12.2024
50. ↑ [STEFAN_KOEHLER](#)www.europarl.europa.eu, abgerufen am 21.12.2024
51. ↑ ^{51,051,1} [eu-parlament-nebeneinkuenfte-abgeordnet](#)www.zdf.de vom 12.12.2024, abgerufen am 21.12.2024
52. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
53. ↑ [BMLEH - Pressemitteilungen - Bundesminister Alois Rainer schlägt Silvia Breher als neue Tierschutzbeauftragte vor](#) bmleh.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
54. ↑ [CDU-Politikerin Breher soll neue Tierschutzbeauftragte werden](#) tagesschau.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
55. ↑ [Neue Tierschutzbeauftragte - Kritik wegen mutmaßlich mangelnder Unabhängigkeit](#) deutschlandfunk.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
56. ↑ [Landvolk-Geschäftsführerin Breher soll auf Holzenkamp folgen](#) agrarheute.com, vom 06.02.2017, abgerufen am 15.08.2025
57. ↑ [Kreislandvolkverband Vechta](#) klv-vechta.de, abgerufen am 15.08.2025
58. ↑ [Pressemitteilung vom 24.10.2024](#), abgerufen am 21.11.2024
59. ↑ [EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bmel.de vom 02.09.2024, abgerufen am 22.11.2024
60. ↑ [FAQ zum Zeitplan](#), ble.de, abgerufen am 21.11.2024
61. ↑ [EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bauernverband.de, abgerufen am 21.11.2024
62. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
63. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
64. ↑ [Ministerin Gorißen: Richtige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur weiteren Verschiebung der Entwaldungsverordnung](#), land.nrw, abgerufen am 21.11.2024

65. ↑ [EUDR: Rat stellt sich gegen Änderungswünsche des Parlaments](#), table.media vom 21.11.2024, abgerufen am 21.11.2024
66. ↑ [Düngemittel](#), umweltbundesamt.de vom 01.06.2022, abgerufen a, 24.11.2024
67. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
68. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
69. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
70. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
71. ↑ [Änderungen im Düngerecht](#), bmel.de vom 12.11.2024, abgerufen am 24.11.2024
72. ↑ [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft 05.06.2024](#), abgerufen am 25.11.2024
73. ↑ [Die Endlosschleife ums Düngegesetz - Umweltkatastrophe mit Ansage](#), blogs.nabu.de vom 25.09.2024, abgerufen am 25.11.2024
74. ↑ [DBV kritisiert Einigung beim Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 17.05.2024, abgerufen am 25.11.2024
75. ↑ [Union für Mist im Düngegesetz](#), taz.de vom 04.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
76. ↑ [Bundesrat lehnt Düngegesetz ab - weiterhin pauschale Einschränkungen statt Verursacherprinzip](#), info.bml vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
77. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
78. ↑ [Bundestag lässt Chance zum Bürokratieabbau ungenutzt](#), bauernverband.de vom 06.06.2024, abgerufen am 25.11.2024
79. ↑ [Deutscher Bauernverband zu Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
80. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
81. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
82. ↑ [Düngegesetz soll in den Vermittlungsausschuss](#), bundestag.de vom 08.10.2024, abgerufen am 25.11.2024
83. ↑ [Fragen und Antworten zum Düngerecht](#), bmel.de, abgerufen am 24.11.2024
84. ↑ [Europäische-Landwirtschaft](#) taz vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
85. ↑ [eu-agri-food-exports-keep-growing...agriculture.ec.europa.eu](#) vom 25.06.2024, abgerufen am 29.07.2024
86. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023
87. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
88. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
89. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#), abgerufen am 30.06.2023
90. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
91. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
92. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
93. ↑ [Gesunde-Boeden-Gewaesser-Waeldertaz.de](#) vom 14.07.2025, abgerufen am 17.07.2025

94. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.02.2023
95. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern](#), bauernverband.de vom 18.06.2018, abgerufen am 11.01.2024
96. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel](#), topagrar.com vom 19.06.2018, abgerufen am 25.07.2018
97. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
98. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 09.03.2024
99. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht](#), suedzuckergroup.com, abgerufen am 14.11.2023
100. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 14.11.2023
101. ↑ [rukwied-zum-bauerntagzdf.de](#) vom 27.06.2024, abgerufen am 27.06.2024
102. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 25.03.2024
103. ↑ ^{103,0103,1} [EU-Agrarsubventionen](#) taz.de vom 07.06.2024, abgerufen am 07.06.2024
104. ↑ [Geschäftsstelle](#), bauernverband.de, abgerufen am 08.01.2024
105. ↑ [mitgliedsunternehmen](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
106. ↑ [jahrespressekonferenz 2025](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
107. ↑ [Umweltbundesamt-zu-Kritik-der-Agrarlobby](#)taz.de vom 23.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
108. ↑ [zulassung-pflanzenschutzmittel](#)www.bmlh.de, Pressemitteilung vom 19.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
109. ↑ [EU Wahl](#), abl-ev.de, abgerufen am 02.07.2024
110. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
111. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
112. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
113. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
114. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
115. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
116. ↑ [Streit über Erklärung zu Bauernproteste](#), taz.de vom 20.02.2024, abgerufen am 10.10.2024
117. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024
118. ↑ [Vorstand](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
119. ↑ [Startseite](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
120. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024

EuropaBio

EuropaBio ist der europäische Dachverband für Biotechnologie-Gentechnik-Konzerne und gehört dort zu den 3 einflussreichsten Verbänden.^[1]



EuropaBio	
Rechtsfo	Vereinigung ohne
rm	Gewinnerzielungsabsicht (VoG) nach belgischem Recht
Tätigkeit	Interessenvertretung für die Gentech-
sbereich	Industrie
Gründun	1996
gsdatum	
Hauptsit	Avenue de l'Armée 6, 1040 Brüssel
z	
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	<text>
ro EU	
Webadre	www.europabio.org
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	46
2 Fallbeispiele und Kritik	46
2.1 2014: EuropaBio will Europa mit Gentech-Gewächsen überziehen	46
2.2 2013: TTIP: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA	47
2.3 2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget	47
2.4 2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne	47
2.5 2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network	48
3 Struktur	48
4 Mitglieder	49
5 Kurzdarstellung	49
6 Weiterführende Informationen	49
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
8 Einzelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Fallbeispiele und Kritik

2014: EuropaBio will Europa mit Gentech-Gewächsen überziehen

Spiegel-Online liegt ein internes Papier von EuropaBio, namens "A new strategy on GM issues", vor. Es zeigt den unverhohlenen Willen der Branche, Europa mit Gentech-Gewächsen zu überziehen. EuropaBio selbst bezeichnet das Dokument als "Brainstorming"-Grundlage.

Hauptziele sind lt. Papier die schnellere Zulassung von Gentechnik-Produkten und die Aufweichung der Verunreinigungsregeln für Saatgut und Futtermittel. Akribisch haben die Lobbyisten in dem Papier aufgelistet, wie sie zB. die Unterstützung der deutschen Regierung bekommen: Für die Deutschen müsse es "Spielraum" geben, Produkte mit dem Label "Ohne Gentechnik" zu kennzeichnen. Noch ein Ziel der Branche wird definiert: Nationale Anbauverbote soll es nur geben, wenn die EU-Mitgliedstaaten "nicht gegen eine

technische Lösung bei Lebensmitteln votieren". Übersetzt heißt das: eine Verunreinigung von Lebensmitteln, ohne dass es draufsteht. Die **EU-Kommission**, heißt es im Papier, solle deutlich machen, dass sie "unter rechtlichem Druck" stehe. Eben das habe der zuständige EU-Kommissar **Tonio Borg** in vielen Ratssitzungen betont.

Quelle: ^[2]

2013: **TTIP**: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA

Die Verbände **EuropaBio** und **Biotechnology Industry Organization** (BIO) haben zu dem geplanten Freihandelsabkommen **TTIP** die gemeinsame Stellungnahme **Response to Consultation by EuropaBio and Bio** abgegeben. Darin fordern sie ein vereinfachtes Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte, das sich stärker an dem in den USA praktizierten System orientiert. Zu den konkreten Empfehlungen gehört auch eine Stärkung der EFSA. So wird z. B. unter "Political risk assessment" vorgeschlagen: "Maintain EFSA's autonomy: new requirements to be added by EC only if EFSA deems necessary" (zusätzliche Anforderungen nur, wenn sie von der EFSA für notwendig gehalten werden).

2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget

Die NGO *Corporate Europe Observatory* (CEO) beschwerte sich über die Angaben von EuropaBio im freiwilligen europäischen Lobbyregister. Diese seien unrealistisch und viel zu niedrig angesetzt. 2010 soll ein Budget von 50.000 Euro ausgereicht haben, obwohl die jährlichen Einnahmen bei 1,3 Mio. Euro liegen. EuropaBio registrierte lediglich zwei Lobbyisten, wobei 17 Festangestellte in dem Büro in der Avenue de l'Armée arbeiten. Nach Schätzungen von CEO betragen die Kosten für die Unterhaltung eines Lobbyisten bereits 100.000 Euro pro Jahr.^[3] Nach der Beschwerde von CEO unterzog das Register-Sekretariat den Eintrag von EuropaBio einem "Routinecheck", worauf der BioTech Verband seinen Eintrag aktualisierte: Insgesamt wurde die Zahl der registrierten Lobbyisten auf acht erhöht und das Budget für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2012 mit 200-250.000 Euro deutlich höher angegeben. CEO ist weiterhin der Meinung, dass die Ausgaben weiterhin zu niedrig angegeben sind.

2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne

2011 berichtete die Zeitung "Guardian" von aufgetauchten Dokumenten, die behaupten, es gebe Interesse von prominenten Persönlichkeiten, Werbung für genmanipulierte Nahrungsmittel zu machen. Es solle Interesse von Bob Geldorf (Musiker), Lord Patten (Vorstandsmitglied der BBC, Kanzler der Universität Oxford), David Byrne (ehem. irischer EU-Kommissar), David Byrne (Rechtsberater der Regierung) und eventuell vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan geben. Die Dokumente stammen von einer für EuropaBio arbeitenden PR Agentur. Viele der genannten Personen bestritten auf Nachfrage jeglichen Kontakt zu EuropaBio.^[4] Ein Sprecher von Kofi Annan sagte, Annan sei kein Botschafter für EuropaBio und habe keine Absicht, die Nutzung von genmanipulierten Nutzpflanzen zu bewerben. EuropaBio nahm dazu Stellung und machte deutlich, dass die entsprechenden Dokumente nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Man habe lediglich Personen identifiziert, die für eine mögliche Kampagne in Frage kämen. Dazu wolle man mit der Unterstützung von NGOs werben, die pro Genmanipulation argumentieren, zu denen auch die "Bill & Melinda Gates Foundation" gehört.^[5]

[Hier](#) finden sie das vom Guardian veröffentlichte Originaldokument, mit dem für die Kampagne geworben werden sollte.

2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network

2010 führte die bis dato unbekannte Gruppe "Farmers Biotech Network" vor dem EU-Parlament eine Verkostung gentechnisch veränderter Lebensmittel durch. Die Gruppierung bestand aus Landwirten, die für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen warben. Nachdem die Medien von den Landwirten als Initiatoren der Aktion berichteten, deckte *Corporate Europe Observatory* (CEO) auf^[6], dass EuropaBio die Aktion finanziert hat. Es handelte sich nicht um eine Aktion, die aus dem Eigeninteresse der Landwirte motiviert war, sondern den Mitglieder des Europäischen Parlaments indirekt die Forderungen von EuropaBio näher zu bringen. Beauftragt hatte EuropaBio ein Tochterunternehmen einer der weltweit größten PR-Agenturen **Edelman**: Grassroots Enterprise. Die Agentur macht ihr Geschäft mit der Organisation von Unterstützung "aus der Bevölkerung" auf Auftrag; mit sogenanntem **Astroturfing**. Der Charakter der sogenannten "Graswurzel-Bewegung" geht dabei verloren, da sich jeder finanzstarke Akteur seine Bevölkerungsunterstützung erkaufen kann.

Die Problematik wird deutlich: für Unternehmen mit dem entsprechenden finanziellen Hintergrund kann eine maßgeschneiderte "Graswurzel-Bewegung" professionell organisiert werden. Diese vertritt dann, wenn der Hintergrund unerkannt bleibt, glaubwürdig die Interessen der Finanziere und übt Druck auf den Gesetzgeber aus.

Struktur

Der Vorstand besteht aus Repräsentanten der Mitgliedsunternehmen. Inhaltlich sind die Hauptbereiche Gesundheit (Rote Biotechnik), Industrie (Weiße Biotechnik) und Agrar (Grüne Biotechnik), denen Arbeitsgruppen unter Führung von EuropaBio zugeordnet sind. Daneben sind die nationalen biotechnischen Verbände eingebunden.^[7]

Vorsitzender des Vorstands	Tjerk de Ruiter	Vertreter von Cordion
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Carsten Sieden	Vorsitzender des EuropaBio Industrial Biotechnology Council BASF
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Peter Heinrich	Vorsitzender der EuropaBio SME Plattform Vertreter von Bio Deutschland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Matthew Moran	Vorsitzender des EuropaBio National Associations Council Vorsitzender der Irish Biotech Association und Vertreter von BioPharmaChem Ireland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Neil Mulcock	Vorsitzender des EuropaBio Healthcare Biotechnology Council Vizepräsident von Government Affairs and Policy EMEA und Vertreter von Gilead

(Stand: April 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

EuropaBio vertritt 81 Unternehmen, assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" sowie 15 nationale Biotechnologie-Verbände.

Unternehmen (Auswahl)

BASF	Bayer	Clariant Produkte GmbH	Dow AgroSciences
Lilly	Evonik	GlaxoSmithKline	Merck Serono
Novartis	Pfizer	Syngenta	

und weitere...

assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" (Auswahl)

BIO.NRW	Cambridge Biomedical Consultants LTD	Deerfield Management Company LP	Voisin Consulting
-------------------------	--	---	-----------------------------------

und weitere...

nationale Biotechnologie-Verbände (Auswahl)

Österreich [Austrian Biotech Industry \(ABI\)](#)

Deutschland [BIO Deutschland](#)

Deutschland [Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie \(DIB\)](#)

Großbritannien [BioIndustry Association \(BIA\)](#)

und weitere...

(Stand: Juni 2020) Quelle: ^[9]

Kurzdarstellung

EuropaBio zählt 55 Industrieunternehmen (u. a. [Bayer AG](#), [BASF](#), [Evonik](#)) zu seinen Mitgliedern und organisiert auch die jeweiligen nationalen Verbände unter einem Dach.^[10] Der Verband stellt die Vorteile von Biotechnologie in verschiedenen Informationsmaterialien dar. EuropaBio drängt auf eine schnellere Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, mit dem Argument, Gen-Saatgut sei sicher, könne die ganze Welt ernähren und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.^[11] Außerdem setzt sich EuropaBio für den Abbau von Regulierung und mehr öffentliche Gelder für die Biotechnologie-Forschung ein.^[12] EuropaBio finanziert sich über die Beiträge der Mitglieder. Ideell unterstützt unter anderem die [Bill & Melinda Gates Foundation](#) das Vorhaben von EuropaBio.^[5]

Weiterführende Informationen

- [Transparenz-Register: Eintrag EuropaBio](#)
- [Annual Report 2018-2019](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Study Identifies Most Effective Associations In Brussels](#), The HolmesReport, 05.08.2013, abgerufen am 30.08.2013
2. ↑ [Strategiepapier der Gentechniklobby: Schlachtplan für Europa](#) Spiegel-Online vom 10.06.2014, abgerufen am 25.06.2014
3. ↑ [Transforming needed for Transparency: Looking towards the lobby register review](#), CEO Homepage, 26.02.2013, abgerufen am 04. September 2013
4. ↑ [EuropaBio: Gentechnik-Verband blamiert sich mit Pannen-PR](#), Spiegel online, 21.10.2011, abgerufen am 04. September 2013
5. ↑ ^{5,05,1} [Biotech group bids to recruit high-profile GM 'ambassadors'](#), The Guardian, 20.08.2011, abgerufen am 30.08.2013
6. ↑ [GM food tasting: Farmers or EuropaBio?](#), Homepage CEO, 13.07.2010, abgerufen am 04. September 2013
7. ↑ [Who We Are](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
8. ↑ [Governance & Councils](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
9. ↑ [Members](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
10. ↑ [EuropaBio Homepage](#), abgerufen am 04.09.2013
11. ↑ [Pocket Guide to GM Crops](#), Informationsbroschüre EuropaBio, abgerufen am 09. September 2013
12. ↑ LobbyControl und CEO: [LobbyPlanet Brüssel. Das EU-Viertel](#). 2. akt. u. überarb. Aufl., 2012

International Life Sciences Institute

Das **International Life Sciences Institute (ILSI)** ist eine einflussreiche Lobbyorganisation im Lebensmittelbereich, die von Unternehmen der Lebensmittel-, Chemie- und Gentechnikindustrie gegründet worden ist. Die Mitgliedsunternehmen treffen die Grundsatzentscheidungen, wählen den Vorstand und finanzieren das Institut zum ganz überwiegenden Teil.

International Life Sciences Institute

Rechtsform	Gemeinnützige Organisation (USA)
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1978
Hauptsitz	Washington D.C., USA
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue E. Mounier 83, Box 6, 1200 Brüssel
Webadresse	ilsi.org/Europe

Wegen seiner Industrienähe und der Verflechtungen mit staatlichen Aufsichtsbehörden ist das ISLI in die Kritik geraten. Die Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats, [Diana Banati](#) wechselte im Mai 2012 zurück zur ILSI als Geschäftsführerin.^[1] Banati war 18 Monate zuvor von ihrem Posten als Vorstand beim ILSI zurückgetreten – da ihre Lobbytätigkeit offensichtlich in Konflikt mit ihren Aufgaben bei der EFSA stand. Ende 2018 beendete Banati ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin.

Hans-Ulrich Grimm bezeichnet ISLI in seinem Buch "Food War" (München 2020) als exklusiven Lobby-Club für das Ungesunde, für die Multimilliardengeschäfte mit der ultraverarbeitenden Nahrung.

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	51
2 Fallstudien und Kritik	52
2.1 "Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues" (JMPR): Interessenkonflikt von Alan Boobis	52
2.2 2016: Glyphosat Unbedenklichkeit	52
2.3 2016: Verdeckte Förderung einer Studie, nach der Coca-Cola light gesünder ist als Wasser	53
2.4 2015: Hinweise auf Versuche, Einfluss auf die WHO zu nehmen	53
2.5 Verstrickung mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	53
2.6 Der Präsident des Max Rubner-Instituts als ILSI-Aktivist	53
3 Organisationsstruktur und Personal	54
3.1 Kuratorium (Board of Trustees) von ILSI Global	54
3.2 Generalversammlung ("General Assembly") ILSI Europe	54
3.3 Vorstand (Board of Directors) ILSI Europe	54
3.4 Wissenschaftlicher Beirat (Scientific Advisory Committee) ILSI Europe	55
3.5 Geschäftsführung ILSI Europe	55
3.6 Mitgliedsunternehmen ILSI Europe (Auswahl)	55
4 Finanzen	56
5 ILSI Health and Environmental Sciences Institute (HESI)	56
6 Weiterführende Informationen	56
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	56
8 Einzelnachweise	57

Lobbystrategien und Einfluss

Das ISLI, das bestreitet, eine Lobbyorganisation zu sein, bringt Wissenschaftler aus der Industrie mit Wissenschaftlern aus Regulierungsbehörden in ihren Gremien sowie Arbeits- und Expertengruppen zusammen. Dadurch erhält es die Möglichkeit, Gesetze, Verordnungen und Empfehlungen, die die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen berühren, mittelbar zu beeinflussen.^{[2][3]} So erklärt sich das erhebliche finanzielle Engagement der Industrie beim ILSI. ISLI Europe war 2019 an 4 Projekten der EU beteiligt.^[4] Dazu gehört das Horizon 2020-finanzierte Projekt „SWEET“, das die Auswirkungen von Süßstoff und Geschmacksverstärkern auf Gesundheit, Fettleibigkeit, Unschädlichkeit und Nachhaltigkeit untersucht. Ein Vorteil dieser Partnerschaft bestehe darin, über die entsprechenden Expertengruppen und Workshops in ständigem Kontakt mit Vertretern der EU-Kommission, der EFSA, der WHO, der FAO und nationalen Behörden zu stehen.

ISLI-Arbeitsgruppen (Task Forces) werden gebildet, wenn der Vorschlag vom Vorstand (Board of Directors) bestätigt wird und die Unterstützung von mindestens fünf Mitgliedsunternehmen erhält.^[5] Sie werden von den unterstützenden Mitgliedsunternehmen finanziert und werden aufgelöst, wenn das Programm beendet ist oder wenn sie nicht mehr von mindestens fünf Mitgliedsunternehmen unterstützt werden. Damit können die Mitgliedsunternehmen - und nicht die Wissenschaftler - Arbeitsgruppen initiieren und auflösen, falls ihnen die Ergebnisse nicht genehm sind.

Fallstudien und Kritik

"Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues" (JMPR): Interessenkonflikt von Alan Boobis

Alan Boobis, Professor am Imperial College in London, ist in den folgenden Gremien von ISLI und deren Tochtergesellschaft [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) tätig:

- Vorsitzender des Kuratoriums („Board of Trustees“) von ISLI Global^[6]
- Vizepräsident des „Board of Directors“ von ILSI Europe, dessen Aufgabe darin besteht, das Management von ILSI Europe zu leiten und zu kontrollieren.^[7]
- Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des HESI, von dem letzteres geleitet wird^[8]

Gleichzeitig ist er Experte und Co-Vorsitzender der Experten des WHO-Fachgremiums [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR).^[9], das Glyphosat für unbedenklich erklärt hat. Die WHO erläutert unter „Frequently asked questions“ unter Q6 zu Interessenkonflikten von Experten, diese seien im universitären Bereich oder in Behörden tätig und handelten nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder Organisationen.^[10] Unter Q7 erklärt die WHO, einige Experten seien zwar in die Aktivitäten von ISLI involviert, jedoch sei keiner von ihnen in einer leitenden Funktion tätig („None of the experts involved in the JMPR lead or co-lead ILSI“). Erwähnt wird dann lediglich die Teilnahme an ILSI-Arbeitsgruppen oder Beratertätigkeiten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Boobis als Kuratoriumsvorsitzender von ILSI Global, Vizepräsident von ILSI Europe und Kuratoriumsmitglied der ILSI-Tochter HESI zumindest eine „Co-Lead“-Funktion bei ILSI ausübt. Bei der Beschreibung von ISLI wird beschönigend davon gesprochen, dass dieses Zuschüsse von Regierungen, der Industrie und anderen Quellen erhält. Dabei stammten 2015 ca. 66 % (ca. 11,7 Mio. \$) der ILSI-Einnahmen von den Mitgliedsunternehmen und ca. 19 % (ca. 3,3 Mio. \$) entfielen auf Spenden von Unternehmen.^[11] Die Zuschüsse von Regierungen betragen nur bei 8,5 % (ca. 1 Mio. \$). Zu den Mitgliedern gehören auch Unternehmen, die Glyphosat herstellen.

Laut seinem Profil bei der WHO ist Boobis in mehreren weiteren Beratergremien vertreten. So ist er u. a. Vorsitzender des "Committee on Toxicity" sowie Mitglied der WHO "Study Group on Tobacco Product Regulation" (TobReg) und "JECFA (veterinary residues)".^[12]

2016: Glyphosat Unbedenklichkeit

Im Mai gab das WHO-Fachgremium [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR) bekannt, das umstrittene Pflanzengift Glyphosat sei unbedenklich. 2 Mitglieder des JMPR, **Alan Boobis** und **Angelo Moretto** haben hohe Positionen beim ILSI. Boobis ist u.a. Vize-Präsident des ILSI Europe. Moretto ist Vorstandsmitglied eines zu ILSI gehörenden Instituts.^[13] Während **Alan Boobis** und **Angelo Moretto** vor einigen Jahren aufgrund ihrer engen industriellen Verbindung aus der [Europäische Behörde für](#)

Lebensmittelsicherheit ausgeschlossen wurden, sind sie trotz ihrer Nähe zur Industrie weiterhin Teil des JMPR.^[14] Im Jahr 2012 erhielt ILSI rund eine Million US\$ an Zuwendungen von dem Glyphosathersteller Monsanto und vom Weltdachverband der Gentechnik- und Agrochemieindustrie, CropLife International.^[15] Aufgrund dieses massiven Einflusses auf Gremien und Wissenschaft ist eine kritische und unabhängige Risikobewertung von Glyphosat seitens des **Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues** nicht zu erwarten.

2016: Verdeckte Förderung einer Studie, nach der Coca-Cola light gesünder ist als Wasser

Nach einem Bericht des „Independent“ sponserte ILSI Europe eine Studie der Bristol University, die zum Ergebnis kam, dass Diät-Erfrischungsgetränke besser als Wasser dazu geeignet sind, um sein Gewicht zu reduzieren.^[16] Professor Rogers, der die Studie im Wesentlichen verfasst hat, ist Co-Vorsitzender der ISLI-Task Force „Eating behaviour and energy balance“. Weder aus der Studie selbst noch aus der Presseerklärung der Bristol University geht hervor, dass die Studie über die ISLI mittelbar von der Getränkeindustrie gesponsert wurde. Der Kardiologe Dr. Asseem Malhotra, Berater des "National Obesity Forum", erklärte gegenüber dem „Independent“: „To suggest that diet drinks are more healthy than drinking water is laughable unscientific nonsense.“

2015: Hinweise auf Versuche, Einfluss auf die WHO zu nehmen

Geleakte e-mails aus dem Jahr 2015 zeigen, dass der Präsident von ILSI sich mit einem Vertreter der US-Regierung in Verbindung setzte, um eine erneute Zusammenarbeit der WHO mit ILSI zu erreichen und die WHO zu bewegen, nicht nur zuckerhaltige Nahrungsmittel als Ursache von Fettleibigkeit zu betrachten, sondern auch Änderungen der Lebensweise zu berücksichtigen.^{[17][18]}

Verstrickung mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

Mehrere Mitglieder der **Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit** (EFSA) stehen bzw. standen in engem Kontakt zu der ILSI, etwa **Diána Bánáti**, **Milan Kovác**, **Harry Kuiper**, **Gijs Kleter** und **Alfonso Lampen**. Diese personellen Verflechtungen lassen an der Objektivität der Agentur **EFSA** Zweifel aufkommen und wecken die Befürchtung, dass ILSI durch seine industrienahen Experten die Risikobewertungen von **EFSA** in eine für Verbraucher bedenkliche Richtung beeinflusst.^[19]

Der Präsident des Max Rubner-Instituts als ILSI-Aktivist

Gerhard Rechkemmer war bis Ende August 2016 Präsident des **Max Rubner-Institut** (MRI), dem Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, das das **Bundeslandwirtschaftsministerium** (BMEL) berät. Forschungsschwerpunkt des MRI ist der gesundheitliche Verbraucherschutz im Ernährungsbereich. Zugleich war Präsident Rechkemmer hoher Funktionär bei der Lobbyorganisation ILSI. Seit 2012 sitzt er im „Board of Directors“ von ILSI Europe und seit 2013 ist er Mitglied des "Board of Trustee" von ILSI Global.^[20] Weiterhin ist er Mitglied in der ILSI-„Task Force“ für Gesundheitsnahrung („Functional Food“).^[21] Weitere Mitglieder waren Ende 2015 mit einer Ausnahme Vertreter der Lebensmittel-, Chemie- und Gentechnikindustrie.

Organisationsstruktur und Personal

Das Global Network des 1978 gegründeten ISI umfasst 17 regionale oder länderspezifische Branchen, das ILSI [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) und die ILSI Research Foundation.^{[22][23]} Der Sitz von ILSI Global ist Washington, DC. Das 1986 gegründete ILSI Europe residiert in Brüssel.

Kuratorium (Board of Trustees) von ILSI Global

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Generalversammlung ("General Assembly") ILSI Europe

In der Generalversammlung ("General Assembly"), in der ausschließlich die Mitgliedsunternehmen vertreten sind, werden die grundlegenden Entscheidungen getroffen. Sie wählt auch den Vorstand ("Board of Directors"), der seinerseits die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats ("Scientific Advisory Committee") ernennt.

Vorstand (Board of Directors) ILSI Europe

Na me	Funktion
----------	----------

Phili p	
------------	--

Cald er	<ul style="list-style-type: none"> • Professor für Nutritional Immunology within Medicine an der University of Southampton • Präsident der Nutrition Society
------------	--

(Prä side nt)	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats von ILSI Europe
---------------------	---

--	--

- Professor für Biochemical Pharmacology am Imperial College London
- Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) von ISLI Global

Alan	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von ISLI Europe
------	---

Boo bis	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des Health and Environmental Sciences Institute (HESI)
------------	---

- Mitglied und Mitvorsitzender des [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR)
- Mitglied des „Concerned Toxicologists for Better Science and Regulation“^[24]

Step han Bisc hoff	<ul style="list-style-type: none"> • Inhaber des Lehrstuhls für Ernährungsmedizin an der Universität Hohenheim • Betreiber des Zentrums für Klinische Ernährung Stuttgart an der Universität Hohenheim (ZKES), das mit einer Nestlé-Tochtergesellschaft kooperiert. Seit 2010 werden am ZKES Optifast-Programme zur Gewichtsabnahme mit Optifast-Produkten der Nestlé Health Care Nutrition GmbH angeboten.^{[25][26][27]} Die Programme sehen u.a. vor, dass Teilnehmer wochenlang nur die Optifast-Nahrung von Nestlé essen.^{[28][29]} Das ZKES ist eines der 30 Optifast Therapiezentren in Deutschland und Österreich.^[30]
-----------------------------	--

sowie weitere 9 Mitglieder

Stand: April 2020^[31]

Wissenschaftlicher Beirat (Scientific Advisory Committee) ILSI Europe

Name	Funktion
Philip Calder (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none">• Professor für Nutritional Immunologie within Medicine an der University of Southampton• Präsident der Nutrition Society• Präsident von ILSI Europe
Alan Boobis	<ul style="list-style-type: none">• Professor für Biochemical Pharmakologie am Imperial College• Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees") von ILSI Global• Mitglied des Vorstands von ILSI Europe• Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des Health and Environmental Sciences Institute (HESI)• Mitglied und Mitvorsitzender des Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR)• Mitglied der „Concerned Toxicologists for Better Science and Regulation“^[32]

sowie weitere 17 Mitglieder

Stand: April 20120^[33]

Geschäftsführung ILSI Europe

Geschäftsführer ist Ignacio Garamendi^[34]

Stand: April 2020

Mitgliedsunternehmen ILSI Europe (Auswahl)

- [Danone](#) Nutricia Research
- [Dow](#) Europe
- [DSM](#)
- [Fresenius Kabi](#)
- [Mayr-Melnhof Karton](#)
- [PepsiCola International](#)
- [Pfizer](#) Consumer Healthcare
- [Südzucker](#)
- [The Coca-Cola Company](#)

Stand: April 2020^[35]

Finanzen

Die Gesamteinnahmen von ISLI betragen 2018 ca. 12,9 Mio. \$, wovon der ganz überwiegende Teil auf Mitgliederbeiträge und Spenden entfällt.^[36] Laut [EU Transparenz-Register](#) lag das Gesamtbudget von ISLI Europe bei 2,5 Mio. Euro. Von EU-Organen stammen davon ca. 79 Tsd. Euro.

ILSI Health and Environmental Sciences Institute (HESI)

Das [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) ist 1989 von ILSI gegründet worden, um Wissenschaftler und Regierungsinstitutionen in die Forschungs koordinierung und Netzwerkbildung in den Bereichen Gesundheit, Toxikologie, Risikobewertung und Umwelt einzubinden. Das Institut wird hauptsächlich von der Industrie gesponsert, erhält jedoch auch finanzielle Unterstützung von US- und internationalen Behörden.^[37] Zu den Partnern gehören akademische Institutionen, Behörden (z.B. Helmholtz Centre for Environmental Research, Austrian Agency for Health and Food Safety, Irish Medicines Board, Europäische Kommission/Joint Research Center, European Food Safety Authority, Umweltbundesamt), Unternehmen (z.B. [BASF](#), [Bayer](#), [Boehringer](#)), Berater (z.B. Altamira LLC, DLW Consulting Services, LLC) und andere Organisationen des öffentlichen Bereichs (z.B. Hamner Institutes for Health Sciences).^[38] Leitungsorgan ist der Board of Trustees, dem 16 Vertreter des öffentlichen Sektors und 15 Vertreter der Industrie angehören.^[39] Vorsitzender ist Timothy P. Pastoor, Präsident von Syngenta (Stand: März 2017).

Zur Risikobewertung gibt es das Risk Assessment in the 21st Century (RISK21) Committee.^[40] Zu den sich 2015-2016 beteiligenden Organisationen gehören u.a. [BASF](#), [Bayer CropScience](#), [Monsanto](#) und die US Environmental Protection Agency.^[41] Mitglied des RISK21 Steering Team ist David Bell, Senior Scientist (Toxicology) bei der [Europäischen Chemikalienagentur](#) (ECHA).^[42]

Weiterführende Informationen

- [Andrew Jacobs: A Shadowy Industry Group Shapes Food Policy Around the World, New York Times vom 16. September 2019](#)
- [Das ILSI bei Sourcewatch](#)
- [The International Life Sciences Institute \(ILSI\), a corporate lobby group Corporate Europe Observatory vom Mai 2012](#)
- [Andreas Bauer-Panskus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit, Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft, Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EFSA Management Board Chair resigns](#) abgerufen am 25.05.2012
2. ↑ [Hans-Ulrich Grimm: Was treibt die ILSI mit EFS, Greenpeace-Magazin Ausgabe 5.12](#), abgerufen am 26.03.2016
3. ↑ [The International Life Sciences Institute \(ILSI\), a corporate lobby group Corporate Europe Observatory - May 2012](#), corporateeurope.org, abgerufen am 13.04.2016
4. ↑ [EU Projects Overview](#), ilsi.eu, abgerufen am 19.04.2020
5. ↑ [Task Forces](#), Webseite ILSI. abgerufen am 13.04.2016
6. ↑ [Leadership & Financial Support](#), ilsu.org, abgerufen am 17.12.2017
7. ↑ [About Us Members of the Board of Directors](#), ilsi.eu, abgerufen am 17.12.2017
8. ↑ [Governance](#), hesiglobal.org, abgerufen am 17.12.2017
9. ↑ [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticides Residues \(JMPR\) -12/21 September 2017 List of experts](#), who.int, abgerufen am 17.12.2017
10. ↑ [Frequently asked questions](#), who.int vom 27.12.2016, abgerufen am 17.12.2017
11. ↑ [ILSI Annual Report 2017](#), ilsi.org, abgerufen am 17.12.2017
12. ↑ [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticides Residues \(JMPR\) -12/21 September 2017 List of experts](#), who.int, abgerufen am 17.12.2017
13. ↑ [Möglicher Interessenskonflikt bei Pflanzenschutzmittel-Bewertung](#) Zeit-Online vom 18.05.2016, abgerufen am 19.05.2016
14. ↑ [Glyphosat - Wissenschaft als Spielball der Industrie](#) PM von TestBiotech vom 31.05.2016, abgerufen am 03.06.2016
15. ↑ [UN/WHO panel in conflict of interest row over glyphosate cancer risk](#) The Guardian vom 17.05.2016, abgerufen am 03.06.2016
16. ↑ [Jonathan Owen: A recent study that said Diet Coke can help you to lose weight war quietly funded by Coca-Cola](#), independent.co.uk 17.01.2016, abgerufen am 02.08.2016
17. ↑ [9. International Life Sciences Institute Europe \(ILSI Europe\) in: A spoonful of sugar](#), July 2016, corporateeurope.org, abgerufen am 03.08.2016
18. ↑ [Peters, John C](#), usrtk.org, abgerufen am 03.08.2016
19. ↑ [Conflicts on the Menu](#), www.corporateeurope.org, aufgerufen am 17.09.2012
20. ↑ [Präsident](#), Webseite MRI, abgerufen am 04.12.2015
21. ↑ [Functional Foods Task Force Members](#), Webseite ISLI, abgerufen am 04.12.2015
22. ↑ [Global Network](#), ilsi.org, abgerufen am 26.03.2017
23. ↑ [One ILSI](#), ilsi.org, abgerufen am 26.03.2017
24. ↑ [A Busy May for Professor Boobis](#), 16.05.2016, corporateeurope.org, abgerufen am 26.04.2017
25. ↑ [Optifast Therapiezentrum](#), optifast.de, abgerufen am 16.04.2020
26. ↑ [Hans Ulrich Grimm: Food War](#), München 2020, S. 104
27. ↑ [Die Optifast-Diät](#), bild.de vom 27.11.2019, abgerufen am 16.04.2020
28. ↑ [Abnehmprogramm in Hohenheim](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 11.01.2016, abgerufen am 16.04.2020
29. ↑ [Schlankheitsmittel „Optifast“](#), verbraucherzentrale.de vom 21.01.2016, abgerufen am 16.04.2020
30. ↑ [Therapiezentren](#), optifast.de, abgerufen am 16.04.2020
31. ↑ [About us](#), ilsi.org, abgerufen am 17.04.2020
32. ↑ [A Busy May for Professor Boobis](#), 16.05.2016, corporateeurope.org, abgerufen am 26.04.2017
33. ↑ [About us](#), ilsi.org, abgerufen am 18.04.2020
34. ↑ [About Us](#), ilsi.eu, abgerufen am 18.04.2020

35. ↑ [About us](#), [ilsiglobal.org](#), abgerufen am 18.04.2020
36. ↑ [ILSI Annual Report 2019](#)
37. ↑ [About](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
38. ↑ [Partners](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
39. ↑ [Board of Trustees](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
40. ↑ [Risk Assessment in the 21st Century \(RISK21\) Committee](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
41. ↑ [HESI Technical Committee](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
42. ↑ [RISK21 Steering Team](#), [risk21.org](#), abgerufen am 27.03.2017

Health and Environmental Sciences Institute

Das **Health and Environmental Sciences Institute (HESI)**

ist 1989 als weltweit tätige Tochtergesellschaft des

[International Life Science Institute \(ILSI\)](#) gegründet worden.^[1]

Nach eigenen Angaben ist das Ziel von HESI, ein internationales Forum für Wissenschaftler aus dem öffentlichen Bereich und der Privatwirtschaft zu schaffen, um globale Gesundheits- und Umweltprobleme zu identifizieren und zu lösen.^[2] Der öffentliche Bereich umfasst Universitäten, Behörden, Forschungsinstitute und gemeinnützige Stiftungen. Zur Tätigkeit gehört auch die Gründung branchenübergreifender Netzwerke.^[3]

HESI wird von der Chemie-, Pharma- und Gentechnikindustrie gesteuert und finanziert. Die Einbindung von Wissenschaftlern aus dem universitären Bereich soll dem Institut einen neutralen Anstrich verschaffen. Die Beteiligung von Regierungsbehörden führt zu institutionalisierten Kontakten, die den Einfluss auf die Regulierung der betroffenen Märkte im Sinne der Sponsoren erleichtern. In den Ausschüssen („Committees“) kooperiert die Industrie mit Regulierern und beeinflusst über eine Vielzahl von Studien und Arbeitsgruppen Entscheidungsträger in staatlichen Institutionen und Forschungsinstituten.

Health and Environmental Sciences Institute (HESI)

Recht gemeinnützige Organisation nach US-**tsfor** Recht (501 c organization)

m

Täti Weltweit tätiges Netzwerk, in dem

gkei Vertreter der Chemie- und

tsbe Pharmabranche mit industrienahen

reich Wissenschaftlern und Regulatoren kooperieren

Grün 1989

dun

gsda

tum

Hau Washington/DC

ptsit

z

Lobb

ybür

o

Lobb

ybür

o

EU

Web [hesiglobal.org](#)

adre

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	59
2 Fallbeispiele und Kritik	59
2.1 RISK21 Ausschuss	59
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	60
3.1 Mitgliederversammlung ("Assembly")	60
3.2 Kuratorium ("Board of Trustees")	61

3.3 Sponsoren	61
3.4 Kooperationspartner	61
3.5 Ausschüsse ("Committees")	61
4 Weiterführende Informationen	62
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	62
6 Einzelnachweise	62

Lobbystrategien und Einfluss

Zu den Behörden, die im Rahmen des HESI mit der Industrie kooperieren, gehören u.a.^[4]

- Joint Research Center der EU-Kommission
- Europäische Arzneimittelagentur
- Europäische Chemikalienagentur
- Umweltbundesamt

Die Lobbyaktivitäten werden im Wesentlichen über die Ausschüsse („Committees“) organisiert. Eine zentrale Rolle spielt der RISK21 Ausschuss, der sich mit den Gesundheitsrisiken von Stoffen beschäftigt. Am RISK21 Projekt sind die US Environmental Protection Agency (EPA), das Joint Research Center der EU-Kommission und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) beteiligt, die auf europäischer Ebene für die Prüfung von Glyphosat zuständig ist. Zu den beteiligten Unternehmen gehört u.a. der Glyphosat-Hersteller Monsanto. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von RISK21 ist Angelo Moretto, der gleichzeitig Mitglied des Joint FAO /WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR) ist, das Glyphosat im Auftrag der genannten Organisationen bewertet. Ehemaliges Mitglied des „Integrated Strategic Subteam“ von RISK 21 ist Roland Solecki, beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) für die Prüfung von Glyphosat zuständiger Leiter der Abteilung „Sicherheit von Pestiziden“.^[5] Ein weiteres Mitglied des Subteams war James Sherman von Monsanto.

Nach Auffassung der "Grünen" werden im RISK21 Ausschuss Gesundheitsrisiken entgegen internationalen Gepflogenheiten im Sinne der Industrie bewertet.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

RISK21 Ausschuss

Der Ausschuss ("Committee") "Risk Assessment in the 21st Century" (RISK21), der sich mit der Bewertung von Gesundheitsrisiken befasst, ist der wichtigste Ausschuss. Er hat 8 Studien veröffentlicht und Arbeitstagungen organisiert, die von Mitgliedern des RISK21 Teams geleitet wurden.^[7] An diesen haben insgesamt über 500 Wissenschaftler und Regulatoren teilgenommen.

Der RISK21 Ansatz bei der Risikoprüfung wird u.a. als wie folgt beschrieben: „Exposure-led: Considers relevant exposures estimates up-front to prioritize and determine data needs“. Nach Einschätzung der Bundestagsfraktion der Grünen bedeutet dies, dass zunächst nicht mehr das grundsätzliche

gesundheitsschädigende Potential eines Stoffes bewertet wird, sondern vorab eine Expositionsabschätzung vorgenommen werden soll. ^[8] Auf Grundlage der vermuteten Belastung mit dem zu prüfenden Stoff werde dann eine Risikoabschätzung (englisch: risk assessment) vorgenommen. Der Schritt der allgemeinen Gefahrenbewertung (hazard assessment) werde übersprungen. Dieses Vorgehen widerspreche international üblichen Bewertungsverfahren, die die generelle Gefahrenbewertung vor die spezifische Risikobewertung stellten. Ziel sei es offenbar, die relativ strikte EU-Pestizidgesetzgebung so zu umgehen.

Dem Wissenschaftlicher Beirat von RISK21 gehören an^[9]:

- Michelle Embry, HESI
- John Arnot, Arnot Research and Consulting
- Ammie Bachman, [ExxonMobil](#)
- Rick Becker, [American Chemistry Council](#) (Interessenvertretung der US-Chemieindustrie)
- Judy LaKind, LaKind Associates (Unternehmen zur Bewertung von Gesundheitsrisiken)
- Angelo Moretto, University of Milan, Mitglied des HESI-Kuratoriums, Mitglied des Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR)^[10]
- Tessa Serex, DuPont
- Justin Teegarden, Pacific Northwest Laboratory (PNNL)
- Marcelo Wolansky, University of Buenos Aires
- Doug Wolf, Syngenta

Ad hoc Berater sind:

- Tara Barton-Mc Claren, Health Canada
- Patience Brown, OECD
- Gino Scarano, United States Environmental Protection Agency (USEPA)
- Maurice Whelan, Joint Research Center der EU-Kommission (JRC)
- Zuzana Kloslova, [Europäische Chemikalienagentur](#) (ECHA)

Die beteiligten HESI-Manager sind:

- Michelle Embry
- Jennifer Young Tanir

Die sich beteiligenden Organisationen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören u.a. (Stand: April 2020):

- [American Chemistry Council](#) (Verband der US-amerikanischen Chemie-Industrie)
- ANVISA (brasilianische Aufsichtsbehörde für Gesundheit)
- [BASF](#)
- [Bayer Crop Science](#)
- [Europäische Chemikalienagentur](#) (ECHA)
- EU-Kommission, Joint Research Center
- [ExxonMobil Biomedical Sciences, Inc.](#)

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitgliederversammlung ("Assembly")

Die Mitgliederversammlung wählt u.a. das Kuratorium.

Laut Satzung ("Bylaws", Art. II) nehmen an der Mitgliederversammlung teil:

- Im öffentlichen Bereich tätige Einzelpersonen, die in Ausschüssen („Committees“) mitarbeiten oder Mitglieder des Kuratoriums sind
- Je ein offizieller Vertreter der Sponsoren
- In Unternehmen der Sponsoren tätige Einzelpersonen, die in Ausschüssen („Committees“) mitarbeiten oder Mitglieder des Kuratoriums sind

Quelle: ^[11]

Kuratorium ("Board of Trustees")

Das von der Mitgliederversammlung gewählte Kuratorium ist das Leitungsorgan von HESI. Die 29 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört u.a. [Alan Boobis](#), Professor am Imperial College London, Kuratoriumsmitglied ("Board of Trustees") von ISLI Global sowie Mitglied des Vorstands ("Board of Directors") und des Wissenschaftlichen Beirats von ISLI Europe.

Sponsoren

Sponsoren können nur Unternehmen werden, die sich auf den relevanten Märkten betätigen. Die Höhe der jährlichen Sponsorenbeiträge hängt von den weltweiten Umsätzen der Unternehmen ab. Die Sponsorenbeiträge reichen von 800 \$ (Umsatz unter 5 Mio. \$) bis 59.100 \$ (Umsatz über 100 Mrd. \$). Die Sponsoren erhalten ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ("Assembly") und können in den sie interessierenden Ausschüssen („Committees“) und/oder Projekten mitwirken. Daneben können einzelne Ausschüsse („Committees“) gesponsert werden. Bei den Technischen Ausschüssen („Technical Committees“) liegen die Sponsorenbeiträge zwischen 6.000 \$ (Biomarkers of Nephrotoxicity) und 20.000 \$ (Risk Assessment in the 21st Century).

Quelle: ^[12]

Kooperationspartner

Bei den Kooperationspartnern wird unterschieden zwischen:

- Unternehmen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a. [BASF](#), [Bayer](#), Boehringer Ingelheim, Merck & Co. und [Monsanto](#).
- Akademischen Institutionen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a. die Universitäten Aachen, Hamburg, Heidelberg und Tübingen.
- Behörden, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a.: Joint Research Center der EU-Kommission, [Europäische Arzneimittelagentur](#), [Europäische Chemikalienagentur](#) und [Umweltbundesamt](#)
- Beratungsunternehmen
- Andere Organisationen des öffentlichen Bereichs

Ausschüsse ("Committees")

Es gibt 12 Technische Ausschüsse („Technical Committees“) und drei Unterausschüsse („Emerging Issues Subcommittees“). Die Ausschüsse bewerten und koordinieren Forschungstätigkeiten, veröffentlichen Ergebnisse und Perspektiven und sponsern weltweit Symposien und Arbeitstagungen. Sie werden meist auf

Initiative des Kuratoriums gegründet und sind für die Finanzierung selbst verantwortlich. Über die Förderung entscheiden die Sponsoren auf der Grundlage der Projektbewertung ihrer Vertreter in den betreffenden Ausschüssen. Möglich ist auch eine Finanzierung durch andere Akteure wie z.B. Behörden. Einzelheiten sind in der Satzung ("Bylaws", Artikel IX) geregelt. Die Unterausschüsse werden von Sponsoren finanziert (Artikel VIII). Jeder Ausschuss wird von mindestens einem Programm-Manager unterstützt. HESI ersetzt „Future Leaders“ die Kosten für Unterkunft und Anreise zu gesponserten Veranstaltungen bis zu 1.500 \$ (Veranstaltungen im eigenen Land) und 2.500 \$ (Veranstaltungen im Ausland)^[13]

Weiterführende Informationen

- [Satzung \(„Bylaws“\)](#)
- [Ayato Takei: ILSI Health and Environmental Sciences Institute \(HESI\), global leader in advancing translational science to create science-based solutions for a sustainable, healthier world 2015](#)
- [Annual Report 2019](#)
- [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [HESI Official Representative Training](#), [ilsi.org/hesi](#), abgerufen am 09.12.2017
2. ↑ [Bylaws](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 10.12.2017
3. ↑ [2016-2017 Activities Report](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
4. ↑ [Government Agencies](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 24.04. 2020
5. ↑ [RISK21 Technical Committee Members](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
6. ↑ [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#), [gruene-bundestag.de](#) vom 17.05.2016, abgerufen am 11.12.2017
7. ↑ [Key accomplishments](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
8. ↑ [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#), [gruene-bundestag.de](#) vom 17.05.2016, abgerufen am 11.12.2017
9. ↑ [Science Advisory Board](#), [risk21.org](#), abgerufen am 13.12.2017
10. ↑ [List of Experts](#), [who.int](#), abgerufen am 12.12.2017
11. ↑ [Bylaws](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 10.12.2017
12. ↑ [2017 Sponsorship Application](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 09.12.2017
13. ↑ [HESI FUTURE LEADERS TRAVEL AWARD](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 11.12.2017

Bundesinstitut für Risikobewertung

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) erarbeitet Gutachten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zur Sicherheit von Chemikalien und Produkten. Es nimmt weiterhin die Aufgaben des **Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren** (Bf3R) wahr.

In die Kritik geraten ist das BfR wegen teils gravierender Interessenkonflikte von Mitgliedern der beratenden BfR-Expertenkommissionen. Als problematisch galten die engen Kontakte einiger Kommissionsmitglieder zum **ILSI**, einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie und die Mitgliedschaft von MitarbeiterInnen von Pestizidherstellern in der BfR-Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" (jetzige Bezeichnung: "Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte"), wo diese weiterhin präsent sind.

Bewertungen des Instituts sind von Wissenschaftlern als mit Mängeln behaftet und wissenschaftlich inakzeptabel bezeichnet worden. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung, die im September 2017 veröffentlicht wurden, hat das Institut bei der Bewertung von Glyphosat Einschätzungen der Industrie nahezu wortwörtlich übernommen, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)



Hauptsitz	Berlin
Gründung	2002
Tätigkeitsbereich	Bewertung von Risiken für den Menschen
Mitarbeiter	1.112, davon 516 Wissenschaftler
Etat	130 Mio. € (2022)
Webadresse	www.bfr.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgaben	64
2 Risikokommunikation	64
3 Seitenwechsel	64
4 Fallstudien und Kritik	64
4.1 2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"	64
4.2 2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden	65
4.3 2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung	65
4.4 2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung	65
4.5 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	66
4.6 2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie	67
4.7 2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?	67
5 Organisationsstruktur und Personal	68
5.1 Präsidium	68
5.2 Wissenschaftlicher Beirat des BfR	68
5.3 BfR-Kommissionen ^[19]	68
6 Finanzen	70
7 Weiterführende Informationen	70
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	70
9 Einzelnachweise	70

Aufgaben

Zentrale Aufgabe des BfR ist die wissenschaftliche Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Stoffen und Produkten als Grundlage für den gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung. Das Institut hat keine Überwachungsfunktion. Es ist aber in eine Reihe von Anmelde- und Zulassungsverfahren eingebunden. Das BfR ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Risikokommunikation

Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis wird in einer [Broschüre](#) erläutert. Hierzu gehört ein Stakeholderspezifischer Dialog sowie anlassbezogene Gespräche mit Verbänden, Stiftungen, Vereinen bzw. Interessengemeinschaften.

Seitenwechsel

- Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das BfR und wechselte zum [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#), wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.^[1] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Fallstudien und Kritik

2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"

Nach dem globalen Tabakkontroll-Abkommen, das auch Deutschland unterschrieben hat, sollen Kontakte zwischen der Branche und der Politik, inklusive ihrer Behörden, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.^[2] Laut der Studie [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland](#) gab es im Berichtszeitraum nicht notwendige Interaktionen zwischen der Tabakindustrie oder ihr nahestehenden Gruppen und Mitarbeiter:innen des BfR, die wie folgt beschrieben werden:

„Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) lädt Tabakindustrie zu 22. BfR-Forum Verbraucherschutz im April 2022 ein - Thema: „Chancen und Risiken der E-Zigarette“: Nach einer Anfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zu dieser Hybrid-Veranstaltung erklärte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass es drei Lobbygruppen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie (Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, BVTE; Bündnis für Tabakfreien Genuss, BfTG; und Verband des E-Zigarettenhandels, VdeH) zur Teilnahme eingeladen habe. Schließlich meldeten sich Personen von 29 Unternehmen oder Verbänden der Tabakindustrie, der E-Zigarettenindustrie oder verwandter Branchen an und durften teilnehmen, darunter Mitarbeitende aller großen Tabakkonzerne in Deutschland, Branchenverbände und verschiedene Lobbyorganisationen. Ein Vertreter einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG), Dustin Dahlmann, war Podiumsteilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde. Frank Henkler-Stephani, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung, der 2021 zur Tabak- und E-Zigaretten-Lobbygruppe Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) wechselte, beteiligte sich aktiv als Teil des Publikums an der Diskussion. In seinem Schreiben an uns erwähnte das Institut, dass Industrieverbände wiederholt schriftlich um eine Möglichkeit zum Austausch gebeten hätten. Es erklärte,

dass es die Bestimmungen von Artikel 5.3 im Vorfeld erörtert habe und dass es nicht beabsichtige, dieses Veranstaltungsformat in Zukunft zu ändern und es „der gesamten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen“ solle. Es ist überzeugt, dass die Veranstaltung gezeigt hat, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) trotz der Teilnahme von Industriegruppen „unabhängig von Interessen der Herstellerverbände seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt“. Auf seiner Webseite schreibt das Institut: “Um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, tauscht sich das BfR mit allen relevanten Stakeholdern (NGO, Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien) aus.” In einem weiteren Schreiben an das Deutsche Krebsforschungszentrum erklärt das Institut, dass es in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Treffen mit der Tabakindustrie gegeben habe, erklärt aber, dass es im August 2020 ein Treffen mit dem Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE), dem Bündnis für Tabakfreien Genuss (BFTG) und dem Verband des E-Zigarettenhandels (VdeH) zum Thema E-Zigaretten und orale Nikotinprodukte durchgeführt habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Im Rahmen seiner Präventionsstrategie hat das BfR auch Kontakt zu Industrieverbänden. [...] Über diese Kontakte berichtet das BfR auch in einer online verfügbaren Broschüre über ‚Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis‘. [...] Die Tabakverbände sind hier noch nicht aufgelistet, da es hier keine regelmäßigen Gespräche gibt.“

Darüber hinaus nahm Elke Pieper, eine Mitarbeiterin des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in den Jahren 2020 und 2022 als Vertreterin des BfR an Podiumsdiskussionen teil, die vom Online-Magazin *egarage.de* organisiert und vom Bündnis für tabakfreien Genuss, einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, gesponsert wurden. Weitere Podiumsteilnehmende bei diesen Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages“

2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden

Nach einer am 12. Mai 2021 veröffentlichten Entscheidung des OLG Düsseldorf durfte das von der Initiative *FragDenStaat* angeforderte Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung zu Glyphosat im Internet veröffentlicht werden.^[3] Die Veröffentlichung des Gutachtens stelle keine Urheberrechtsverletzung dar.

2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde *EFSA* bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[4] Die *EFSA* begründet - wie das das *Bundesinstitut für Risikobewertung* (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber *Monsanto* und *Cheminova* gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die *EFSA* daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der *EFSA* und der Chemiekonzerne.

2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung

Das BfR hat im Januar 2015 einen Bericht über das Herbizid Glyphosat angefertigt, welcher an die *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit* (EFSA) übermittelt wurde. Laut einem Schreiben der *EU-Kommission* an die Nichtregierungsorganisation *Testbiotech* unterliegt der Bericht vollständig der Geheimhaltung und darf nicht veröffentlicht werden. Gleichzeitig hatten *Monsanto* und andere Hersteller

von Glyphosat Zugang zu einem aktuellen Entwurf des Berichtes.^[5] Auf der Grundlage des Berichts hat die EFSA empfohlen, Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet.^[6] Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.^[7] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[8]

Recherchen der Süddeutschen Zeitung (SZ) zeigen, dass das BfR bei seiner Risikoanalyse von Glyphosat Einschätzungen der Industrie übernommen hat, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.^[9] Die Behauptung des BfR, es habe im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung von Glyphosat mehr als 1000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen umfassend geprüft und ausgewertet, treffe nicht zu. Vielmehr gebe es Hinweise, dass die Behörde schlicht die Standpunkte der Hersteller nahezu wortwörtlich übernommen habe. Dies zeige der Vergleich von Textpassagen aus dem von der Industrie eingereichten Dossier mit dem BfR-Bewertungsbericht zu Glyphosat. Wenn kritische Studien von der Industrie als unbrauchbar bezeichnet würden, dann wäre eigentlich zu erwarten, dass die Behörden diese Einschätzung besonders gründlich prüften. Dies sei jedoch nicht geschehen. Vielmehr seien Bewertungen der Industrie nahezu wortwörtlich wiedergegeben worden; eigene Bewertungen, die von der Behörde selbst stammten, suche man vergeblich. Laut SZ hat das BfR auf diese Weise in den letzten 15 Jahren fast alle unabhängigen Studien zu Krebsrisiken "bewertet".^[10] Das BfR habe sich zu den konkreten Vorwürfen nicht geäußert, sondern lediglich erklärt, es habe alle relevanten und verfügbaren Studien sorgfältig und detailliert in eigener Verantwortung geprüft und bewertet. Am 5.10.2017 hat das BfR in einer Presseerklärung die Plagiatsvorwürfe zurückgewiesen.^[11]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das **Europäische Parlament** hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das BfR argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".^[12] Laut einem Spiegel-Bericht aus dem Jahr 2015 beauftragt die **EU-Kommission** auch die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (EFSA), eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten.^[13] Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme war, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. Laut dem zitierten Spiegel-Bericht erschien kurz vor Fertigstellung der Efsa-Einschätzung ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen (Unep) zum selben Thema. Das Ergebnis lautete kurz zusammengefasst: Endokrine Disruptoren stellten "eine globale Bedrohung" dar und müssten reguliert werden". Im Jahr 2015 stellte der Europäische Gerichtshof in einem Urteil fest, dass die Europäische Kommission mit ihrer Untätigkeit das EU-Recht missachtet habe.^[14] Darauf kündigte diese 2016 die lang ersehnten wissenschaftlichen Kriterien an, wie hormonaktive Substanzen zu erkennen seien.

2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie

Das Insektizid Chlorpyrifos, das gegen Ameisen eingesetzt wird, ist in den USA seit 2001 für den Haus- und Gartenbedarf verboten. Der Grund: Chlorpyrifos sei gesundheitsgefährdend. Bei uns ist es zugelassen, frei verkäuflich und eines der meist verkauften Insektizide.

Zuständig für die Begutachtung des umstrittenen Ameisenmittels ist das BfR. Das BfR verweist auf Studien, die angeblich die Ungefährlichkeit des Ameisengiftes nachweisen. Report MÜNCHEN fand heraus, dass solche Studien von der Pflanzenschutz-Industrie meist selbst in Auftrag gegeben und in der Regel auch bezahlt werden. Es sind sogenannte "Graue Studien". Diese sind nicht veröffentlicht worden und können von unabhängigen Forschern oft gar nicht überprüft werden. Report MÜNCHEN stellt fest, dass einige der ExpertInnen der zuständigen **Kommission für Pflanzenschutzmittel** direkt aus der Pestizid-Industrie kommen – 2 sind von Bayer, einer von BASF und einer arbeitet für Syngenta. Im Laufe der Report MÜNCHEN - Recherchen hat das BfR bekannt gegeben, dass es jetzt eine erneute Überprüfung der Ameisenmittel mit Chlorpyrifos fordert.^[15]

2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?

Die **BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel** hat sich intensiv damit befasst, ob DNA-Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in tierisches Gewebe übergehen können.

Da die Einschätzung dieser Frage unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzeichnungspflicht von mit Gentechnik hergestellten tierischen Produkten hat, ist diese Thema für den Verbraucher von besonderer Relevanz. Bereits 2004 befassten sich 3 Experten der Kommission mit diesem Thema und kamen zu dem Ergebnis das "kein Übergang von gentechnisch veränderten Komponenten" nachweisbar ist. Anders lautende Studien, so stellten die Autoren damals fest, lägen nicht vor. Diese Stellungnahme war eine direkte Reaktion auf einen Bericht von Greenpeace aus dem selben Jahr, der sich auf eine Studie der Uni München bezog, welche DNA-Abschnitte aus genetisch veränderten Futterpflanzen in tierischen Gewebe festgestellt hatte.

Trotz zahlreicher in den Folgejahren veröffentlichter Studien, die eine Kontamination von tierischem Gewebe mit DNA-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen nachwiesen, blieben die BfR-Experten bei ihrer Einschätzung. Eine Publikation italienischer Wissenschaftler (Tudisco et al., 2010) nahm die BfR-Kommission schließlich zum Anlass sich erneut mit dieser Thematik zu befassen. Nach "kritischer Prüfung" kam die Kommission zu der Einschätzung, "dass sich aus der Studie keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich eines Transfers rekombinanter DNA aus gentechnisch veränderten Pflanzen auf höhere Tiere und dessen potentielle Auswirkungen ableiten lassen." Lediglich mit einem Satz räumen die Experten des BfR in ihrer 5-seitigen Stellungnahme ein, dass sich die Sachlage gegenüber dem Kenntnisstand von 2004 tatsächlich verändert hat.^[16]

Was das für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bedeutet, kann derzeit schwer abgeschätzt werden. Trotzdem gelangte die Expertenkommission zur der Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen nötig seien.

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Präsident Andreas Hensel
Vizepräsidentin Tanja
 Schwerdtle

(Stand: November 2023) Quelle: ^[17]

Wissenschaftlicher Beirat des BfR

Der Wissenschaftliche Beirat des BfR setzt sich aus 17 WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen. Er hat vorrangig die Aufgabe, das BfR bei seiner Schwerpunktsetzung in der Forschung zu beraten. Zudem berät er das BfR bei der Besetzung der BfR-Kommissionen. ^[18]

BfR-Kommissionen ^[19]

Die Mitglieder der BfR-Kommissionen sollen als externe, unabhängige Sachverständige die Arbeit des BfR unterstützen.

BfR-Kommission	Mitglieder
Bedarfsgegenstände	
Bewertung von Vergiftungen	
Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)	Mitglieder sind u.a. ^[20] : Barbara Birks, BASF ; Julia Scheel, Röhm AG (Anbieter der Methacryl-Chemie); Bernward Gasthoff, Geschäftsführer der Bio Clustermanagement NRW GmbH, ehem. Bayer -Manager, 2006-2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie (VCI) ^[21]
Biologische Gefahren und Hygiene	
Ernährungsrisiken, neuartige Lebensmittel	

BfR-Kommission	Mitglieder
und Allergien	
Evidenzbasierte Methoden in der Risikobewertung	
Futtermittel und Tierernährung	
Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel	Mitglieder sind u.a. ^[22] : Hermann-Josef Baaken, Sprecher der Geschäftsführung des Verbands Tiernahrung e.V., CDU-Kommunalpolitiker, ehem. Lobbyist bei Bayer CropScience ^[23] ; Johannes Meyer, HMO Global Regulatory Affairs Associate Partner beim Biotechnologieunternehmen Chr. Hansen GmbH; Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der BioMath GmbH.
Kontaminanten in der Lebensmittelkette	
Kosmetische Mittel	
Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte	Von den Mitgliedern sind zwei bei der BASF und je eine Person bei Bayer SAS, Thor GmbH, Syngenta Crop Protection AG und Stockmeier Chemie beschäftigt ^[24]
Risikoforschung und Risikowahrnehmung	
Tätowiermittel	
Wein- und Fruchtsaftanalysen	

Das BfR ist der nationale Partner der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Finanzen

Das Budget des BfR beträgt 130 Mio. € (Stand 2022)^[25]

Weiterführende Informationen

- [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft](#), Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017
- Die aktualisierte Studie von "TestBiotech" zum Einfluss der Industrie auf das BfR lautet: [Andreas Bauer-Pankus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit](#), Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023](#), dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
2. ↑ [Wie 90 Tabak-Lobbyisten Behörden und Politiker beeinflussen](#), sueddeutsche.de vom 14.11.2023, abgerufen am 25.11.2023
3. ↑ [Kein „Zensurrecht“ bei Veröffentlichungen des Glyphosat-Gutachtens](#), lto.de vom 12.05.2021, abgerufen am 12.05.2021
4. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
5. ↑ [EU-Kommission stuft Bericht über Glyphosat als geheim ein ... Testbiotech](#) vom 18.08.2015, abgerufen am 24.08.2015
6. ↑ [Wahrscheinlich \(nicht\) krebserregend](#) Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
7. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03. 12. 2015
8. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30. November 2015, abgerufen am 03. 12. 2015
9. ↑ [Neue Zweifel am Urteil](#), sueddeutsche. de vom 17.09.2017, abgerufen am 19.09.2017
10. ↑ [Wenn Monsanto die Risiken einfach selbst bewertet](#), sueddeutsche.de vom 22.09.2017, abgerufen am 23.09.2017
11. ↑ [Haltlose Vorwürfe gegen wissenschaftliche Bewertungsbehörden](#), bfr.bund.de vom 05.10.2017
12. ↑ [BfR-Positionspapier \(engl.\): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH](#) BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015

13. ↑ [EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#) Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
14. ↑ [Lobby Planet Brüssel, Deutsche Ausgabe: September 2017, S. 143](#)
15. ↑ [Wie unabhängig sind Experten des Bundesinstituts für Risikobewertung?](#) report MÜNCHEN vom 07.08.2012, abgerufen am 12.06.2013
16. ↑ [Webseite BfR - Gentransfer aus Futterpflanzen auf höhere Tiere](#), abgerufen am 24.05.2012
17. ↑ [Webseite BfR - Präsidium](#), abgerufen am 20.11.2023
18. ↑ [Webseite BfR - Wissenschaftlicher Beirat](#), abgerufen am 23.11.2023
19. ↑ [Webseite BfR - Kommissionen](#), abgerufen am 03.06.2017
20. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 5.11.2023
21. ↑ [Expertise](#), bgb-beratung.de, abgerufen am 25.11.2023
22. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 21.11.2023
24. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ [Webseite BfR - Zahlen und Fakten](#), abgerufen am 21.11.2023

Europäische Chemikalienagentur

Die **Europäische Chemikalienagentur (ECHA)** ist eine europäische Behörde, welche die Administration von Chemikalien und den Gebrauch für den europäischen Binnenmarkt festlegt. Als eine von 38 **EU-Agenturen**, dient sie der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der **EU-Kommission** bei der Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe in einem einheitlichen europäischen Verfahren. Die ECHA ist in der Vergangenheit durch einen Mangelhaften Umgang mit Interessenkonflikten aufgefallen.^[1]

Europäische Chemikalienagentur

Hauptsitz Helsinki
Gründung 1997
Tätigkeitsbereich Rechtsregelungen und die Überwachung von Chemikalien
Mitarbeiter 500
Etat
Webadresse <http://echa.europa.eu/de/>
se

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	71
2 Verbindungen zum Health and Environmental Science Institute (HESI)	72
3 Fallstudien und Kritik	72
3.1 2012: Mangelhafter Umgang mit Interessenskonflikten	72
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	72
5 Einzelnachweise	72

Organisationsstruktur und Personal

Die ECHA besteht größtenteils aus verschiedenen Ausschüssen und einem Sekretariat. Höchstes Gremium ist der Verwaltungsrat, welcher für die generelle Haushaltsplanung und die Ernennung des Direktors (Geert Dancet) und der Mitglieder der Widerspruchskammer zuständig ist.^[2] Der Verwaltungsrat besteht aus je einem Vertreter der 27 Mitgliedsstaaten der EU, 3 Vertretern der Europäischen Kommission sowie 2

Vertretern des Europäischen Parlaments. Vorsitzende des Verwaltungsrats ist die Vertreterin Schwedens, Nina Crommier. Stellv. Vorsitzender ist der Vertreter Irlands, Martin Lynch. ECHA ist die ausführende Kraft von REACH, eine EU-Verordnung aus dem Jahre 2006, welche die Registrierung, Bewertung und Bewilligung von Chemikalien grundlegend veränderte. Für die Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Richtlinien zur Zulassung von Chemikalien, arbeitet ECHA eng mit den nationalen Authorisierungsbehörden zusammen. [3]

Verbindungen zum Health and Environmental Science Institute (HESI)

- Die ECHA hat sich 2016-2017 an dem Projekt „Risk Assessment in the 21st Century“ (RISK21) des [Health and Environmental Sciences Institute \(HESI\)](#) beteiligt^[4]
- [David Bell](#), Senior Scientist (Toxicology) bei der ECHA, war Mitglied des "RISK21 Steering Team" des [Health and Environmental Sciences Institute \(HESI\)](#)^{[5][6]}

Das HESI ist eine von der Industrie gesponserte und gesteuerte Tochtergesellschaft des [International Life Science Institute \(ISL\)](#). In beiden Organisationen wirkt der Glyphosat-Hersteller [Monsanto](#) mit.

Fallstudien und Kritik

2012: Mangelhafter Umgang mit Interessenskonflikten

In dem Bericht vom 19.09.2012 mahnte der [Europäische Rechnungshof](#) ECHA aufgrund deren überhöhten Ausgaben ab. 2011 beliefen sich die Ausgaben auf 93,2 Millionen Euro von denen 14 Mio. ins Jahr 2012 übertragen wurden. In diesem Zusammenhang stellte der Rechnungshof einen Verstoß gegen den Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit fest.^[7]

In dem Bericht verwies der Rechnungshof außerdem auf die mangelnde Außeindersetzung mit Interessenserklärungen seitens der Agentur und erklärte, einen gesonderten, umfassenden Bericht über den Umgang mit Interessenskonflikten von vier Agenturen zu veröffentlichen. Unter den untersuchten Agenturen waren neben ECHA auch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) sowie die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA). Der im Oktober 2012 veröffentlichte Bericht zeigte deutlich, dass der Umgang mit Interessenskonflikten bei allen vier Agenturen unzulänglich ist. *"Obgleich die ECHA interne Vorgehensweisen und Verfahren für die Behandlung von Interessenkonflikten entwickelt hat, weisen diese, was das Personal der Agentur und die Mitglieder der Widerspruchskammer angeht, erhebliche Mängel auf."*^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Pressemitteilung Europäischer Rechnungshof](#), abgerufen am 07.05.2014

2. ↑ [Management Board](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.12
3. ↑ [REACH](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.2012
4. ↑ [2016-2017 Participating Organizations](#), risk21.org, abgerufen am 13.12.2017
5. ↑ [RISK21 Technical Committee Members](#), hesiglobal.org, abgerufen am 13.12.2017
6. ↑ [David R Bell](#), researchgate.net, abgerufen am 28.03.2017
7. ↑ [Bericht über den Jahresabschluss 2011 der Europäischen Chemikalienagentur](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.12

EFSA

Weiterleitung nach:

- [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#)

Ketchum

Weiterleitung nach:

- [Ketchum Pleon](#)